

Volksstimme

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielitz, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierteljährig vom 16. bis 31. 1. ca. 1,65 Zł., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zł. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Kattowitz, Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto B. R. D., Filiale Kattowitz, 800174. — Fernsprechanträge: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Zusammenkunft Macdonald-Caval

Reparationen statt Abrüstung — Entscheidung Ende der Woche — England gibt Frankreich nach

London. Obgleich ein Termin für die Zusammenkunft zwischen den Ministerpräsidenten Englands und Frankreichs noch nicht feststeht, nimmt man allgemein an, daß die Besprechungen noch vor Ende dieser Woche stattfinden werden. Man hält es für sehr unwahrscheinlich, daß die Zusammenkunft bis zum Wochenende verschoben wird, da die dann bis zum Beginn der Abrüstungskonferenz zur Verfügung stehende Zeit kaum ausreichen würde, um die verschiedenen internationalen Probleme von Grund auf zu behandeln. Sollte sich Macdonald jedoch aus innerpolitischen Gründen gezwungen sehen, bis zum Sonnabend in London zu verweilen, so hält man in hiesigen politischen Kreisen nicht für ausgeschlossen, daß die Eröffnung der Abrüstungskonferenz um ein oder zwei Tage verschoben wird. Als Ort der Zusammenkunft wird neuerdings wieder Paris angenommen.

Man betont außerdem, daß die französische Regierung sich einer Wirtschafts- und Finanzkonferenz im Rahmen des von den Baseler Sachverständigen aufgestellten Plans nicht entziehen würde und auch bereit wäre, in der Reparationsfrage Entgegenkommen zu zeigen, wenn die Genfer Konferenz zu einer größeren Sicherheit in Europa führen würde.



Wer den die Heimat liebt wie du...

Der amerikanische Senator Richard Bartholdt, ein geborener Thüringer, hat von der Universität Jena das Ehrenbürgerrecht erhalten, da er sich im amerikanischen Kongress bei jeder Gelegenheit mannhaft und erfolgreich für das Recht und Wohl seiner deutschen Heimat eingesetzt habe.

Politik und Löhne

Vom Einfluß der Arbeiterklasse auf die Gestaltung der Staatspolitik, hängt die Höhe ihrer Löhne ab, die ihnen zu zahlen die Industrie gewillt ist. Die Löhne im Handwerk und in allen anderen Gewerbebezügen hängen wiederum von der Lohnhöhe der Industrie ab. Aber auch die Arbeitgeber gestalten ihre Nachgiebigkeit gegenüber der Arbeiterklasse ganz von den guten Beziehungen, die sie zur herrschenden Klasse haben. Sie beweisen ihre „Opferfreudigkeit“ bei Wahlen und sonstigen patriotischen Veranstaltungen und lassen sich diese „Opfer“ in Form von Subventionen und Entgegenkommen von Seiten der Regierung wiederum gut vergelten. Wer darüber noch im Zweifel war, den lehrt das oberflächliche Beispiel des Ruhhandels zwischen Regierung und Großindustrie mit aller Deutlichkeit, welchen Einfluß politische Maßnahmen auf die Gestaltung der Löhne haben. Die Großindustrie, ein unbedeutender Teil der Bevölkerung, unter Kommando einflussreicher Protektoren des internationalen Kapitals beeinflusst eine so starke Regierung, wie es die heutigen Machthaber in Polen sind, zuungunsten der breiten Industriearbeiterklasse und wird diese abgekämpft, so haben wir freie Bahn zum Abbau aller Löhne in allen anderen Gewerbebezügen.

Wir haben hier zu Beginn des Kampfes in der ober-schlesischen Industrie festgestellt, daß zwischen Regierung und Industrie bereits feste Abmachungen bestehen und der ganze Kampf ist nur ein Scheingefecht, um die Zeit bis zum 1. Februar hinauszuziehen, wobei dann die Arbeitgeber das Machtwort sprechen werden und die Regierung wird in einem faulen Kompromiß die ganze Sache sanktionieren. Die Gewerkschaften mögen noch so guten Willen zeigen, zu einem Ausgleich zu kommen, die Regierung wird die Arbeitgeber bedenken. In Oberschlesien sind bereits die wildesten Gerüchte über Schutzmahnahmen durch die Regierung, um einen Arbeitskampf mit allen staatlichen Mitteln zu unterdrücken. Man will es darauf ankommen lassen, die Arbeiterklasse in einen Streik zu treiben, wenn sie sich den Machtanprüchen der Arbeitgeber nicht unterordnet. Die Führer der Gewerkschaften sind durch die Vertreter der Regierung um die Fichte geführt worden, man hat ihren guten Willen mißbraucht, hat ihnen bisher nur die halbe Wahrheit gesagt, um den Kampf hinauszuziehen. Niemand wird etwa glauben, daß sich die Betriebsräte und die Gewerkschaften darüber täuschen, was auf dem Spiele steht, man will einen Streik erzwingen, um dann in der Wahl der Arbeiter freie Hand zu haben, nur solche Belegschaften zusammenlegen, bei denen der Organisationseinfluß vollkommen ausgeschaltet ist. Wer die „Annahmebedingungen“ nicht unterschreibt, hat keine Aussicht weiter beschäftigt zu werden, man will die Turnusarbeit auf Umwegen erlangen, indem ohne Betriebsrat, ohne Demobilisationskommissar, die Arbeiter frei Arbeit und Lohn regeln, die Soll-Leistungen noch höher schrauben, in der Hüttenindustrie einen Arbeitsfriedhof schaffen. Und da die Löhne angepaßt werden müssen, um nicht hier und da Hinweise auf eine bessere Lage der anderen Gruppen zu ermöglichen, so ist es ein Angriff auf der ganzen Front gegen alle Arbeitnehmer.

Der Betriebsrätekongress hat einen Streik wegen der Kündigungen abgelehnt, weil der Demobilisationskommissar den Arbeitgebern mitgeteilt hat, daß die Massenkündigungen zum 1. Februar ungeheuerlich sind. Man hat daraus die Schlussfolgerungen gezogen, daß damit die Kündigungen auch von den Arbeitgebern zurückgezogen werden, also ab 1. Februar, weder ein Lohnabbau noch eine Entlassung auf Grund der provokatorischen Ausschüsse stattfinden kann. Das war eine berechtigte Annahme der Betriebsräte und so hat es auch die gesamte Bevölkerung unserer Wojewodschaft aufgefaßt. Aber man hat die „Schläue“ und die Rückendeckung unserer Arbeitgeber verkannt. Was für die Arbeiter als Gesetz gilt, daß ist noch lange keine Verbindlichkeit für die Arbeitgeber. Sie haben jetzt den Belegschaften, nicht aber den Gewerkschaften erklärt, daß der Demobilisationskommissar zwar den Arbeitgeberverband auf die „Ungeheuerlichkeit“ der Kündigung verwiesen hat, aber über Gesetzesauslegung haben sie einen anderen Standpunkt und da in diesem Schreiben nirgends darauf hingewiesen ist, daß die Kündigungen zurückgezogen werden müssen, auch nicht besonders angedeutet ist, daß sie ungültig sind, sondern nur „ungeheuerlich“, so befehlen die Arbeitgeber auf ihrer bisherigen Verfügung, das ist, wer sich nicht bereit erklärt, dem provokatorischen Diktat am 1. Februar nachzukommen, gilt, und zwar jetzt nach der Gesetzesauffassung der Arbeit-

Kampfanfrage gegen Heimwehrputschisten

Sozialdemokratische Richtlinien — Abwehr gegen die Heimwehren

Wien. Die parteiamtliche sozialdemokratische Korrespondenz veröffentlicht einen Aufruf der Partei, in dem erklärt wird, der Parteivorstand habe erfahren, daß die Heimwehren einen neuen Putsch vorbereiten. Deshalb würden schon jetzt Weisungen an die Parteigenossenchaft erlassen. Diese Weisungen enthalten u. a. eine Aufforderung an die Bürgermeister, Personen zu entwaffnen und zu verhaften, die sich an einem Putsch beteiligten, sowie den Durchzug putschistischer Verbände durch ihr Gemeindegebiet nicht zu dulden. Die versäufungstreuen handelnden Staatsorgane, so heißt es weiter, seien zu unterstützen. Für die einheitliche Führung der Abwehraktion durch die Arbeiterklasse seien die politischen Parteinstanzen verantwortlich. Trete der Republikanische Schutzbund in Aktion, so sei er von der gesamten Arbeiterklasse zu unterstützen. Wo er auch immer in

Aktion trete, richte er sich ausschließlich gegen die Putschisten. Die örtlichen Behörden seien hiermit ausdrücklich zu verständigen. „Kriegsblügen“ der Putschisten sei durch Plakate, Handzettel oder durch Ausrufezeichen entgegenzutreten. Mit Selbstschutzverbänden, die den Putsch ablehnten, sei bei der Abwehr zusammenzuwirken; alle Gegensätze seien hierbei zurückzustellen. Jede Schutzbandengruppe habe in der nächsten Zeit größte Wachsamkeit zu üben und alle Vorbereitungen der Putschisten zu melden. Wenn die Verbindung unterbrochen sein sollte, solle aus eigener Initiative gehandelt werden. Sei der Putsch ausbrechen, so sei jede Beförderung putschistischer Verbände einzustellen. Wo die Putschisten die Macht an sich gerissen hätten, sei jede Arbeit einzustellen mit Ausnahme in lebenswichtigen Betrieben.

Zuspikung der Lage in Shanghai

1000 japanische Seesoldaten gelandet

London. Das japanische Sondergeschwader ist in Shanghai eingetroffen, so daß sich dort nunmehr 11 japanische Kriegsschiffe befinden. 1000 Seesoldaten sind mit Feldgeschützen, Maschinengewehren und großen Munitionsvorräten gelandet und in der internationalen Niederlassung einquartiert worden. Die Lage ist äußerst gespannt. In der chinesischen Stadt sind sämtliche Truppen zusammengezogen worden. An den wichtigsten strategischen Punkten wurden Schützengraben und Barrikaden errichtet. Ein großer Teil der japanischen Bevölkerung hat die Stadt verlassen.

Der japanische Konsul hat mitgeteilt, daß er sich am Montag mit dem Bürgermeister in Verbindung setzen werde, um die endgültige Antwort auf das japanische Ultimatum zu erhalten. Sollte sie unbefriedigend ausfallen, so liege die Entscheidung bei den japanischen Marinebehörden. Die japanische Marinekommandantur teilte mit, daß die japanischen Marineverbände bei Nichterfüllung der Bedingungen die wichtigsten Punkte Shanghais besetzen würden. Die Befürchtung, daß sich die Maßnahmen der Japaner auch auf die internationale Niederlassung ausdehnen könnte, hat zu englischen Vorstellungen bei dem japanischen Befehlshaber geführt, der das Versprechen abgab, daß er nicht in die Verhältnisse der internationalen Niederlassung eingreifen werde.

Krise bei der chinesischen Zentralregierung

Berlin. Die japanischen Drohungen in Shanghai mit stärkerer militärischer Vorzugabe, haben nach einer

Meldung Berliner Blätter aus Shanghai eine schwere Krise bei der chinesischen Zentralregierung hervorgerufen. Ein Teil der Regierung ist für Entgegenkommen, ein anderer für endgültigen Abbruch der Beziehungen und schärfste Gegenmaßnahmen. Der Außenminister Eugen Tschan hat bereits erklärt, er werde zurücktreten, falls sich die chinesische Regierung nicht endlich dazu aufraffe, den Japanern entschlossen entgegenzutreten. Am Sonntag kam es in Shanghai wieder zu antijapanischen Ausschreitungen. Unbekannte Brandstifter legten Feuer an das Haus des japanischen Gesandten in der französischen Konzession. Das Wohnhaus konnte gerettet werden, doch brannte die Garage vollkommen nieder.

Vor der Besetzung Charbins

Moskau. Nach russischen Meldungen aus Peking haben die Truppen der neuen mandschurischen Regierung unter Führung des Generals Sisa die Stadt Tsichui, 50 Kilometer von Charbin entfernt, erreicht. Die Truppen sind in Richtung Charbin weitermarschiert. Flugzeuge des Generals Sisa haben am Sonntag über Charbin Bomben abgeworfen. General Sisa hatte erklärt, er werde von den chinesischen Truppen die kampflose Räumung Charbins fordern.

Nach einer russischen Meldung aus Peking hat eine Patrouille japanischer Infanterie, das mehrere Panzerwagen mit sich führt, Tschangtschun in Richtung Charbin verlassen. Von japanischer Seite wird erklärt, die Truppen würden ihren Marsch bis Charbin fortsetzen.

geber, als entlassen, nicht einmal als ausgesperrt! Denn entlassen, ist nun einmal entlassen und die Gewerkschaften mögen dann sehen, wie sie mit ihren gefamten arbeitslosen Mitgliedern auskommen. Zwei Fliegen mit einem Schlag: Abbau der Löhne, Diktatur im Betriebe ohne Betriebsräte und Sozialgesetzgebung und Vernichtung der Gewerkschaften, die ihre Kassen leeren können und keine Mitgliedsbeiträge erhalten. Die Regierung ist die Agitatoren und Dreinredner in „Wirtschaftsfragen“ los, und kann auf ihrem Schein bei der Industrie bestehen.

Aber jetzt werden auch die Hintergründe der ganzen Aktion klar. Den Schaden wird trotz aller Sanacjaschlauheit doch die Volksgemeinschaft tragen, denn die Reduzierung der Löhne und die Erhöhung der Arbeitslosenziffern werden sich schreckhaft bei den Steuern bemerkbar machen und die Erkenntnis dürfte auch bei der Regierung kommen, daß man nicht mehr nehmen kann, als jemand hat. Die Warschauer Regierung hat sich mit ihrem Hafenbau in Gdingen verpfeffert. Dieser Hafen hat nur eine wesentliche Bedeutung, wenn der Kohlenexport aufrecht erhalten wird. Von Oberschlesien kamen die Alarmrufe, daß der Kohlenexport ein Schaden der polnischen Volkswirtschaft ist, man betrachtet diese wirtschaftliche Feststellung als eine Mine gegen das herrschende System. Die Regierung hat bereits vorher mit den Arbeitgebern Kompromisse geschlossen, hat Exportzulagen an die Industrie gewährt, die sie zurückhaben will und nur dann erhalten kann, wenn die Löhne bedeutend abgebaut werden. Die Arbeitgeber haben dem zugestimmt, sie wollen reinen Tisch zwischen ihren Arbeitern und sich und Ausschaltung jeden Einflusses auf die Belegschaften durch die Gewerkschaftsorganisationen. Die Regierung selbst hat sich gehorsame „Gewerkschaften der Gewerkschaften“ geschaffen und in Zukunft erhält nur der Arbeiter, der aus diesen Regierungsgewerkschaften bei den Arbeitgebern vorpricht oder von diesen protektiert wird. Man muß in Zukunft durch diese Gewerkschaften Verbindung haben, sonst ist man verloren und man hofft weiter, daß dies der beste Zug sein wird, auch andere christliche und patriotische Gewerkschaften unter den Schutz der Regierungsgewerkschaften zu bringen, wie es ja Mussolini durch die „Arbeitskammern“ in Italien durchgeführt hat. Eine kalte Sozialisierung der Gewerkschaften zugunsten des Staates.

Wer gibt sich darüber ein klares Bild, daß ihn nicht täuschen soll, daß jeder Kampf in dieser Situation nach wenigen Tagen, nicht einmal Wochen, verloren ist? Denn im Augenblick eines Streiks wird staatlich eingegriffen, was man Neutralität nennt und da immer die öffentliche Sicherheit bedroht ist, dürfte das Streikrecht in Aktion treten, man hat es nicht umsonst als eine dringende Maßgabe schon vor Monaten „verordnet“. Der Widerstand hängt erst später heraus, u. jetzt kann man seine „Notwendigkeit“ erst verstehen. Jeder Arbeitskampf soll von vornherein mit einer Niederlage der Arbeiter enden, darauf laufen die „klugen“ Berechnungen der Arbeitgeber und der Regierung hinaus. Das Schiedsgericht, welches man für Montag nachmittags zusammengerufen hat, soll nur Dinge sanktionieren, die der Arbeitsinspektor bereits am 21. Januar, während des Betriebsrätekongresses, angeklagt hat. Der Zwiespalt innerhalb der Gewerkschaften, daß die einen den Schiedspruch wollen, die anderen nur erst mit dem Arbeitgeber zu verhandeln bemüht sind, stärkt nur die Auffassung der Industrie, daß sie nur hart zu sein braucht, und der Sieg wird ihr beschieden sein. Die Regierung aber pocht auf ihre Machtmittel und sagt, Gdingen muß erhalten bleiben, und dafür müssen die Arbeiter mit einer Lohnreduzierung herhalten. Das ist unter Wille, und die Sanacjapöche hilft uns hierbei in jeder Beziehung.

Man scheint des Glaubens zu sein, daß sich alles diktieren läßt. Man gibt sich keine Rechenschaft darüber ab, daß die Verzweiflung kein Berater für den leeren Magen ist. Man beziehe sich nicht darauf, daß wir bereits 70 000 Menschen haben, die keinerlei Unterstüzungen haben und doch leben. Paruschowitsch sollte ein warnendes Beispiel sein, wozu man es auf keinen Fall kommen lassen darf. Aus allen Siegesberichten klingt ein bitterer Unterton. Lohn und Politik sind untrennbare Dinge, die Arbeiterschaft aber hat an schöne, religiöse und patriotische Versprechungen geglaubt, ihre Interessen hat sie Vertretern überlassen, die auf den guten Willen der Regierung hoffen oder die da glauben, daß man die Waffen für eigene Zwecke ausnutzen kann. Heute sind die Proleten vor die Frage gestellt, was zu tun ist. Wir möchten nicht der Entscheidung der Gewerkschaften vorgehen, wir möchten nicht Prophet spielen wollen, aber nach unserer festen Meinung, scheint es uns, daß die Kosten wiederum die breiten Arbeiterschichten zu tragen haben werden, ein „politischer Lohn“, wie ihn niemand erwartet hat.

—II.

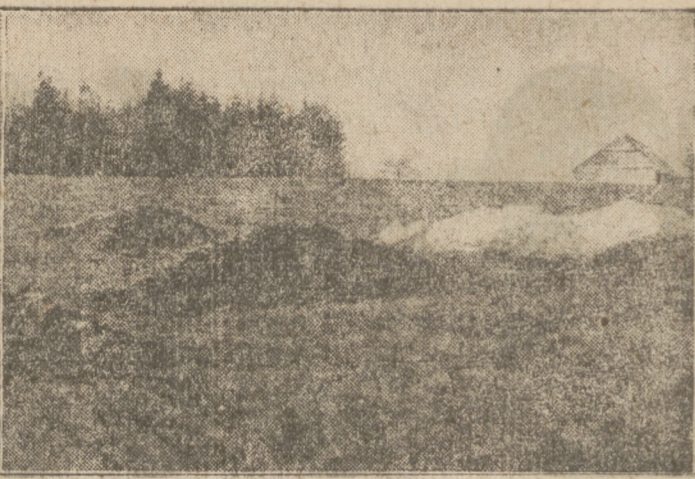
Kommunistenputsch in San Salvador

New York. Wie aus San Salvador gemeldet wird, griffen Kommunisten die Städte Santa Tecla, Gorgoza und La Libertad an, die Telefonkabel und die Eisenbahnschienen wurden zerstört. Nähere Nachrichten liegen noch nicht vor. Der Kreuzer „Recluse“ und zwei Zerstörer der Vereinigten Staaten sowie zwei kanadische Zerstörer und ein britischer Kreuzer sind zum Schutz der Fremden nach San Salvador abgegangen.

New York. Nach einer Meldung aus Guatemala sind in der Republik Salvador kommunistische Unruhen ausgebrochen. Die Kommunisten beherrschen die Städte La Libertad, Zaragoza und Santa Tecla. Zahlreiche Regierungsoffiziere wurden ermordet und ihre Köpfe auf Pfähle aufgespießt. Die Truppen sind der Regierung treu geblieben und haben sich in der Hauptstadt San Salvador verschanzt. Dorthin sind alle Fremden geflohen. Ueber das ganze Land ist Kriegsrecht und Zensur verhängt. Alle Kommunisten, deren man habhaft werden kann, werden hingerichtet. Die fremden Kriegsschiffe die in La Libertad eingetroffen sind, warten auf Befehl Truppen zu landen.

Kommunistensturm auf eine Züricher Kaserne

Basel. Weil zwei junge Soldaten, die in Uniform an einem antisemitischen Kampftag teilgenommen hatten, zu je 10 Tagen Arrest verurteilt worden waren, veranstalteten die Züricher Kommunisten am Sonnabendabend vor der Kaserne, in der die beiden Soldaten ihre Strafen absüßten, eine Kundgebung. Sie rissen die beiden vor der Kaserne stehenden Schilder aus den Fenstern und raminten mit diesen das geschlossene Eingangsportal. Als die Kommunisten in die Kaserne eindringen wollten, gab eine darin untergebrachte Polizeieinheit mehrere Schüsse ab, durch die vier Kommunisten verletzt wurden. Auch die Kommunisten sollen getroffen haben. Erst als zur Verstärkung Staatspolizei heranrückte, ergriß die Menge die Flucht. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.



Radiumlager in Oesterreich entdeckt

Das Bild zeigt die Stelle, wo das Radiumvorkommen entdeckt wurde; links: der Wülfelrutengänger Nigl, dem die Entdeckung gelang. — Aus Oesterreich kommt die sensationelle Meldung, daß der Wülfelrutengänger Nigl im Mühlviertel bei Linz ein reiches Lager von Radiumerzen entdeckt habe. Der Radiumgehalt der dort vorhandenen Erze soll wesentlich höher sein als bei anderen Fundstätten.

Neue Beschwerde der deutschen Minderheit

Um die Sicherung erworbener Rechte — Polen und die Völkerbundsentscheidungen

Genf. In der Beschwerde der deutschen Minderheit in Polen, die von dem deutschen Abgeordneten im polnischen Sejm, Graebe, unterzeichnet ist und die auf Antrag der deutschen Regierung jetzt im Völkerbundsrat zur Verhandlung gelangen wird, werden folgende drei Punkte geltend gemacht:

1. Die einseitige Durchführung der polnischen Landwirtschaftsreform gegen den deutschen Grundbesitz in Polen;
2. der Anspruch der polnischen Regierung auf das Vorkaufsrecht bei sämtlichen Uebereignungen von deutschem Grundbesitz;
3. die grundsätzliche Verweigerung der Auflösung deutschen Grundbesitzes durch die polnischen Behörden.

Ueber die Beschwerde der deutschen Minderheit, die bereits seit 1929 eingereicht war, hatte im Mai vorigen Jahres ein aus Vertretern Englands, Italiens und Persiens zusammengesetzter Dreierausschuß des Völkerbundsrates eine Entscheidung gefällt, die in allen Punkten der deutschen Beschwerde Rechnung trug. Von Kreisen der deutschen Minderheit in Polen ist eingehend darauf hingewiesen

worden, daß die polnische Regierung die Entscheidung des Dreierausschusses nicht durchgeführt hat, worauf sich die deutsche Minderheit im September mit einer Zusatzbeschwerde an den Völkerbundsrat wandte. Erst in den allerletzten Tagen hat Polen die vom Völkerbundsrat eingeforderte Stellungnahme zu dieser Zusatzbeschwerde übermittelt. Die deutsche Regierung sah sich veranlaßt, die Beschwerde der deutschen Minderheit dem so viel kritisierten Minderheitenverfahren des Völkerbundes zu entziehen und die Beschwerde vor dem Völkerbundsrat zu bringen. Ob die Beschwerde auf dieser Tagung bereits sachlich zur Verhandlung gelangt, steht noch nicht fest, da der Bericht erstatter für die Minderheitenfrage im Völkerbundsrat, der japanische Botschafter in Brüssel, Sato, erst in diesen Tagen in den Besitz des gesamten Materials gelangt ist und dabei möglicherweise zwecks eingehender Prüfung Vertagungen auf die nächste Ratstagung verlangen wird.

Schwere Meuterei in einem englischen Gefängnis

Voraussichtlich 3 Tote und 70 Schwerverletzte

London. Im Dartmoor-Gefängnis in Princetown (Grafschaft Devonshire) brach am Sonntag eine Meuterei unter den Gefangenen aus. Die Gefangenen griffen die Wärter und Beamten an und verletzten mehrere von ihnen. Sie erbrachen die Gefängniszellen, raubten die Instrumente des Gefängniswärters und veranfaßten auf dem Hofe ein Hölkonzert. Dann brachen sie in den Speisesaal ein, wo sie Zigaretten an sich nahmen. Die Gendarmerie in der ganzen Umgebung wurde sofort alarmiert und traf bald auf Omnibussen, Lastkraftwagen und Privatwagen ein. Inzwischen hatten die Gefangenen einen Teil der Gefängnisgebäude in Brand gesetzt. Der Glanzraum des Gefängnisses und einige Büroräume brannten völlig aus, obwohl die Feuerwehr den Brand mit aller Kraft bekämpfte. Die Gefängnispolizei und die von außerhalb eingetroffenen Gendarmen eröffneten das Feuer auf die Gefangenen. Die Verluste sollen sich auf 3 Tote und 70 Schwerverwundete belaufen. Es wird vermutet, daß ein Teil der Gefangenen geflüchtet ist. Die Polizei hat deshalb eine Razzia in der ganzen Umgebung eingeleitet. Ein Gefangener, der auf das Gefängnisdach geklettert war, wurde von einem Polizeioffizier heruntergeschossen. Der Gouverneur des Gefängnisses war von einem Gefangenen in eine Zelle eingeschlossen worden und mußte von der Polizei befreit werden. Am Sonntag nachmittag konnte die Ordnung im Gefängnis wieder hergestellt werden.

Bereits seit einigen Tagen waren in dem Gefängnis Unruhen im Gange. Am Sonnabend hatten die Gefangenen das Eisen zurückgewiesen. Zu Beginn der Woche hatte ein Gefangener versucht auszubrechen und am Freitag überfiel ein Gefangener den Wärter mit einem Rasiermesser.

Auflösung und Enteignung des Jesuitenordens in Spanien

Madrid. Auf Beschluß des Ministerrats hat der Justizminister eine Verfügung erlassen, die in Uebereinstimmung mit der Verfassung die Ausführungsbestimmungen über die Auflösung des Jesuitenordens in Spanien enthält. Demnach müssen die Jesuiten innerhalb von 10 Tagen das Gemeinshaftsleben aufgeben. Jede neue Vereinigung in irgend einer anderen Form ist verboten. Seit dem heutigen Sonntag ist dem Orden das Verfügungsrecht über sein Vermögen und seinen Besitz entzogen. Die Provinzialgouverneure haben sofort genaue Erhebungen anzustellen, nach deren Beendigung alles bewegliche und unbewegliche Eigentum des Ordens an den Staat übergeht. Alle handelsrechtlichen Unternehmungen einschließlich der Banken sowie in Betracht kommenden Privatpersonen haben dem Finanzministerium genaue Aufstellungen über in ihrem Besitz befindliche Vermögenswerte der Jesuiten einzureichen. Zur Durchführung der Enteignung wird ein besonderer Ausschuss gebildet, der aus Vertretern der Ministerien besteht wird. Die Kirchen und Kultgegenstände werden den Bischöfen übergeben werden.

Zugunglück in Frankreich

15 Arbeiter verletzt.

Paris. In der Nähe von Gannat stießen im Nebel zwei Güterzüge zusammen, in den 30 Arbeiter saßen. 15 Arbeiter wurden verletzt, davon 12 lebensgefährlich. Der Materialschaden ist bedeutend.

Das Scheitern des Volksentscheides in Danzig

Das endgültige Ergebnis: 75 000 Stimmen.

Danzig. Da die Auszählung der Stimmziffern in den Außenbezirken, in denen die Wahlbeteiligung beträchtlich höher war als in der inneren Stadt, sich sehr in die Länge zog, lag das Gesamtergebnis aus sämtlichen Wahlbezirken erst um 21 Uhr vor. Es wurden insgesamt 77 102 Stimmen abgegeben, davon 75 329 mit Ja. Da zum Erfolg des Volksentscheides 111 284 Stimmen notwendig waren, so ist der Volksentscheid gescheitert.

Dank der sehr hohen Ziffern in den vornehmlich kommunistischen Außenbezirken haben die Parteien des Volksentscheides ihre Stimmziffern etwa auf der Höhe der letzten Volkstagswahl halten können.



Englische Propaganda für die Abrüstungskonferenz

Mehrere Vereinigungen in London demonstrieren vor einigen Tagen gemeinsam für die Weltabrüstung. Auf mehreren im Zuge mitgeführten Plakaten war zu lesen: „Unterseeboote für Deutschland verboten! Und bei uns?“ Als Veranstalter dieser Versammlung zeichnete Lord Cecil (rechts, stehend), der Vorkämpfer Englands für den Völkerbund und für die Abrüstungskonferenz.

Die Einheitsfront der deutschen Arbeiterschaft

Impolante Tagung der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft in Königshütte — Partei, Gewerkschaften und Kulturverbände bilden eine einheitliche und geschlossene Front — Einmütigkeit, Mut und Entschlossenheit kennzeichneten die Beratungen — Die entschlossene Abwehr — Die neue Einheitskommission

Verhandlungsbericht

Punkt um 10 Uhr, eröffnete Genosse Kowoll die Tagung mit der Begrüßung „Freundschaft“. In einigen Worten erklärte er den Zweck dieser gemeinsamen Konferenz auf. Die Konferenz hat keine Probleme zu lösen. Wir konnten wiederholt feststellen, daß die einzelnen Organisationen hin und her ziehen, und das wirkt nicht aufmunternd auf die Genossen. Die Lage der deutschen Arbeiterschaft in der Reichswehr ist alles andere, nur nicht rosig. Es wird mit Bolldampf darauf hingearbeitet, uns zu vernichten. Das Deutschtum ist eine Frage der Erziehung. Redner zitiert Goethes Worte: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen“ und sagt, daß Kinderfreunde und Jugendorganisation, aus sich selbst heraus in diesem Sinne erzieherisch wirken müssen. Groß und die Geldsorgen in unserer Organisation, aber der Wille muß größer sein, als diese Sorgen. Wir wollen alles Mögliche tun, was in unseren Kräften liegt und daher wollen wir einen gemeinsamen Organisationsausschuß schaffen, weil wir immer der Meinung waren, daß die Bewegung auch eine Führungsfrage ist. Uns alle muß dasselbe Ziel besetzen und das ist der Sozialismus!...

Genosse Kowoll schlägt vor, in die Leitung der Konferenz die Genossen Knapik, als ersten, Nietisch als zweiten Vorsitzenden und Genossen Kuzella als Schriftführer zu wählen. Das wurde einstimmig gebilligt.

Genosse Knapik übernimmt somit die Leitung der Konferenz, verliest die Tagesordnung, welche aus fünf Punkten bestand und erteilte das Wort dem Genossen Hermann, zum ersten Referat.

Genosse Hermann schilderte zuerst die trostlose Wirtschaftslage, in welcher sich die oberste Arbeiterklasse befindet. Das Kapital hat eine brutale Offensive gegen die Arbeiterklasse eröffnet, die darauf hinauszielt, die Arbeiter aller Rechte zu entkleiden. Die Arbeiter stehen infolge der argen Zersplitterung, dem Kapitalistenangriff fast wehrlos gegenüber. Jetzt wurde 100 000 Arbeiter die Arbeit gekündigt. Sollte dieser Anschlag gelingen, dann sind die Arbeiter mindestens um 50 Jahre zurückgeworfen.

Wenn man über die Gewerkschaften spricht, so muß man gleichzeitig über ihre Einstellung nachdenken. Was die Freien Arbeitergewerkschaften bezwecken, braucht wohl kaum näher erläutert zu werden, denn das wissen die Genossen.

Sie kämpfen um bessere Lebensbedingungen für die Arbeiterklasse und werden diesen Kampf solange führen, bis er im Sozialismus endet wird.

Wir dürfen nicht außer Acht lassen, daß gegen uns nicht nur der Kapitalismus kämpft, sondern auch noch andere Potenzen. Zu diesen gehören selbstverständlich auch die Gewerkschaften anderer Richtungen, die uns auch zermürben und vernichten wollen. Die Gewerkschaften sind verschiedener Richtungen und die meisten sind Sozialistenfeinde. Unsere Bewegung insgesamt zählt 15 000 Mitglieder, aber nicht alle von ihnen, stehen in der ersten Kampffront. Gegen 5000 befinden sich zwar in der Nähe der Front, aber sie zögern. Diese müssen durch die Partei und Gewerkschaften erfasst werden.

Unser Kampf ist noch deshalb so schwer, weil wir doch eine nationale Minderheit

im Staate sind. Die Behörden arbeiten gegen uns und man ist bestrebt, uns völlig zu vernichten. Schon deshalb müssen wir fest zusammenhalten und jedes Mitglied in die Kampffront hineinziehen. Gegen uns stehen die Gewerkschaften anderer Richtung, die Arbeitslosen, die dem Faschismus bezug. Kommunismus, zugänglich sind, die Behörden und die Nationalisten und das erfordert eine

gemeinsame Plattform aller Arbeiterorganisationen, die dem Sozialismus zustreben.

Auf fremde Hilfe dürfen wir nicht rechnen, sondern müssen uns selbst helfen. Alle Mitglieder müssen aktiv in der Organisation wirken, und das ist das Ziel aller Arbeiterorganisationen und der heutigen Konferenz. Durch die Gemeinschaft und das Zusammenhalten, werden wir die Angriffe, die von allen Seiten gegen uns gerichtet sind, abwehren können.

Nach dem Referat des Genossen Hermann sprach Genosse Buchwald für den Bund für Arbeiterbildung. Der Redner sagte folgendes: Gerade in der heutigen Zeit, hat der Bund für Arbeiterbildung die größten Aufgaben zu erfüllen. Die Arbeiterklasse wurde von allen Genossen, die das Leben bietet, ausgeschlossen. Das Elend wäre doch nicht so groß, wenn die Arbeiterklasse vom Sozialismus durch-

brungen wäre.

Die Masse lebt jedoch in der geistigen Unmachtung, und sie ist Schuld an unserem Elend. Unausgebildete Arbeiter bilden das größte Hindernis im Emanzipationskampfe des Proletariats. Redner verweist auf die Betätigung einer radikalen Partei, die da fordert, daß die Zölle um 30 Prozent herabzusetzen sind. Mit solchen Mitteln wollen die ganz radikalen Elemente den Arbeitern helfen und sie wissen nicht, daß die Zölle bei uns mehrere hundert Prozent mehr ausmachen, als die Ware wert ist. Gerade diese Elemente brauchen die Bildung um durch ihre unwissende Treiberei den Arbeitern die Köpfe nicht zu verdrehen. Noch vor dem Kriege hatten wir in Mitteleuropa monarchistische Staaten. Das Schulwesen war auch danach. Wohl hat man die Kinder lesen und schreiben gelehrt, aber sonst wurden die Kinder in einem arbeiterfeindlichen Geiste erzogen. Nach dem Kriege hatten wir demokratisch regierte Staaten bekommen, aber das Schulwesen hat sich nicht geändert.

Den Kindern wird Militarismus und Militarismus eingeimpft.

genau so wie vor dem Kriege. Die gesamte Wirtschaftspolitik wird im Sinne der kapitalistischen Theorie und Praxis geführt, und die Folge davon ist das Elend der Arbeitermassen. Auch die Finanzpolitik ist schuld an diesem Elend. Polen hat zwar keine Kriegsschulden abbezahlt, leidet aber genauso wie Deutschland. Das ist dem Unstand zuzuschreiben, daß das Geld nicht der Wirtschaft, sondern anderen Zwecken zugeführt wird.

Die gesamte Menschheit ist in Klassen eingeteilt, und es bestehen Klassengegenstände und Klassenkämpfe, die doch von niemandem geliegt werden können. Die Regierung und der Klerus stehen hinter der bestehenden Klasse und die Nationalisten auch. Der Arbeiterdelegation in Warschau hat der Arbeitsminister Subski gesagt, daß die Regierung an den Arbeiterlöhnen nicht rütteln lassen wird und es sind Arbeiter da, die das glauben. Die Christen erzählen wieder einen anderen Blödsinn den Arbeitern. Sie sagen, daß der liebe Gott die Menschen dafür strafe, daß sie in Flugzeugen herumfahren und auf den Mond kommen wollen. Möge der Arbeiter glauben an was er will, aber er soll einen Kampf um sein materielles Wohlergehen führen.

Die Christen wollen die Arbeiter von links abwenden und deshalb die Verleumdung des Sozialismus und die Verblödung der Arbeiter. Der Bund für die Arbeiterbildung hat hier große Aufgaben zu erfüllen, denn er muß die Arbeiter im Sinne des Sozialismus aufklären und ihnen die Wahrheit ins Haus bringen. Das Leben stellt an den Bund für Arbeiterbildung immer neue Aufgaben. Das Leben steht nicht, ist vielseitig und die Bildung muß auch vielseitig sein. Es werden Wochenture veranstaltet, um neue Führer zu gewinnen. Wir müssen Leute gewinnen, die mit den Arbeitern reden werden und reden können. Ein jeder Führer muß alle Lebensprobleme erfassen können. Auch dürfen wir nicht dulden, daß sich innerhalb unserer Organisation gewisse Richtungen festsetzen.

Der Bund für Arbeiterbildung ist dazu da, um den sozialistischen Gedanken in der Arbeiterschaft fortzupflanzen.

Er soll für die Partei und die Gewerkschaften wirken und die Arbeiterkultur ausbreiten. Solange noch die Zustände einigermaßen erträglich waren, ging es, aber heute muß dem Ganzen der Kopf aufgesetzt werden.

Das wird nützlich für die Arbeiterklasse sein, wobei nicht vergessen werden darf, daß unsachmännische Fände in das Organisationsgewebe nicht eingreifen dürfen. Redner bespricht die Organisation in Königshütte, die musterhaft sei und appelliert an die Genossen, in diesem Sinne überall zu wirken.

In die Redner Genossen, die das 10 jährige Jubiläum ihrer Arbeiterpartei feiern, wurde folgendes Telegramm geschickt:

Zum 10 jährigen Bestehen Eurer Organisation entbieten die herzlichsten Bruderwünsche!

Konferenz der Freien Gewerkschaften, Deutsche Sozialistische Arbeitspartei und Bund für Arbeiterbildung.

Das dritte Referat erstattete Genosse Kowoll, der folgendes ausführte: Das Rahmenbild haben die ersten zwei Redner entworfen, was zu tun ist, um die Organisation unter ein Dach zu bringen. Redner zitiert Karl Marx, der folgendes sagte:

„Arbeit ist die Trägerin der Kultur.“

Die Politik und die Kultur sollen Träger der neuen Gesellschaftsform sein und sind danach einzurichten. Im Schlußsatz Sejm sagte Kapuscinski von dem Sanackklub,

daß die Hauptbestrebungen der polnischen Organisationen sich in der Richtung bewegen müssen, damit die deutschen Organisationen vernichtet werden.

Alle polnischen nationalistischen Organisationen sind sich darüber einig und streben die Vernichtung der deutschen Organisationen an. Der „Oberösterreichische Kurier“ behauptet, er sei der „Träger des Deutschtums“ und will alle Sozialisten ausrotten, insbesondere aber die deutschen, weil das zu seinem Ressort gehört.

Dadurch ist der D. K. zum Verbündeten der Sanackja geworden,

die demselben Ziel zustrebt. Obwohl sie uns alle vernichten wollen, so leben wir doch, und die heutige Konferenz legt Zeugnis dafür ab, daß wir leben und uns entwickeln. Wir streben den Sozialismus an und im Sozialismus ist kein Raum für die Direktoren, die Diktatur und die Pfaffenheuschrecke.

Die Hauptaufgabe der sozialistischen Bewegung besteht darin, daß sich die Arbeitermassen materiell und geistig entwickeln.

Es gilt, bessere Lebensstellung für die Arbeitermasse zu erkämpfen, was wiederum die Direktoren und der Klerus verhindern wollen.

Der Sozialismus will aus Sklaven freie Menschen machen.

Das nationale und kulturelle Bewußtsein muß erhalten werden. Die Arbeiter dürfen nicht als Paria behandelt werden. Daraus ergeben wir, daß auch die

Kulturfrage eine Machtfrage ist.

Polen hat sich fast 200 Jahre in derselben Lage befunden, wie wir gegenwärtig. Nun wollen sie uns jetzt vernichten. Gegen alles, was deutsch ist, wird ein leidenschaftlicher Haß großgezogen. Die deutschen Nationalisten machen dasselbe gegen die Polen.

Der gegenseitige nationale Haß bedroht die Volkskultur. Diese Kultur darf nicht vernichtet werden und wir müssen uns den nationalen Leidenschaften entgegenstellen.

Die Nachkriegsrevolution hat das Materiell zum Vorschein gebracht. Diese Revolution ist noch nicht beendet. Sie dauert fort. Die Arbeiterklasse wird durch den Kapitalismus und den Militarismus niedergedrückt. Heute ist man schon so weit angelangt, daß man glaubt, mit der Arbeitermasse alles machen zu können.

Leider fehlt den Arbeitern der Glaube und zwar der Glaube an den Sozialismus.

Unsere Aufgabe muß es sein, diesen Glauben in den Arbeitermassen zu wecken. Der Katholizismus gibt dem Menschen alles,

aber erst nach dem Tode,

Nicht immer liegt eine große Armee, mag sie noch so zahlreich auftreten. Eine, zwar kleinere, Armee, die aber gut organisiert, klug und einheitlich geleitet und vom Siegeswillen befeuert ist, kann unter Umständen einen, physisch und zahlenmäßig weit überlegenen, Gegner niederringen. Während des Weltkrieges hatte doch das zaristische Reich die stärkste Armee auf die Beine gebracht. Sie wälzte sich von einem Meere zum anderen, und gerade diese große Armee wurde zuerst geschlagen, noch viel früher, als die winzig kleine serbische Armee, obwohl auch diese zahlreiche Mängel aufwies, wenn es sich um Ausbildung, Bewaffnung und Organisation handelt. Daher sagen wir, daß der Kampf der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei nicht aussichtslos ist, obwohl ihr Terrain beschränkt ist. Worauf es ankommt, ist hauptsächlich der Konsolidationsgedanke.

Damit soll nicht gesagt sein, daß in der Organisation der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft ein Turmeinander bis jetzt geherrscht hat. Nein, durchaus nicht! Im Gegenteil, die Organisation ist im großen und ganzen musterhaft, was auch wiederholt in der Konferenz ausgedrückt wurde. Wohl ist das Gebiet, auf welchem sich die Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei betätigt, nicht groß, und dieses Gebiet ist wenigstens für einzelne Organisationsgruppen insofern eingeengt, als die Mittel beschränkt sind,

aber die Organisation ist lebendig, rührig, elastisch und kann den politischen Organisationen als Muster

gegenüber gestellt werden. In der Debatte wurde zwar un- begründeterweise die Behauptung ausgesprochen, daß die Schaffung eines gemeinsamen Aktionsausschusses unter Umständen dazu führen kann, daß durch unüberlegte Anordnungen die Straffreiheit der Organisation in Mitleidenschaft gezogen werden könnte. Manche Genossen haben sich die gemeinsame Körperschaft für alle Arbeiterorganisationen so vorgestellt, daß diese diktieren wird und befürchteten, daß durch die bisherige Organisationsform in Mitleidenschaft gezogen werden könnte. Diese Bedenken wurden völlig zerstört, aber sie beweisen,

daß die Organisationsform sehr gut war, viel Arbeit und Mühe gekostet hat und die Genossen sind stolz darauf, was sie geschaffen haben.

Die Konferenz wurde nicht zu dem Zweck einberufen, um etwas zu zerstören,

sondern, um das Bestehende noch weiter auszubauen und das wurde von sämtlichen Diskussionenrednern gewürdigt.

Nachdem das einstimmig anerkannt wurde, stellten sofort die Leiter der einzelnen Kulturorganisationen an die zu wählende Leitung, eine Reihe von Wünschen, was den Beweis liefert, daß der Gedanke einer Schaffung des gemeinsamen Ausschusses, sehr am Platze war.

Die sozialistische Arbeiterorganisation zerfällt gegenwärtig in drei Gruppen. Die deutsche sozialistische Arbeiterpartei mit ihren Leitungsorganen und den Ortsgruppen, ferner die Arbeitergewerkschaften mit einzelnen Sachverbänden, die wiederum ihre leitenden Organe haben und in zahlreichen Gemeinden Zahlstellen unterhalten und der „Bund für Arbeiterbildung“. Alles, was Kulturarbeit, Kunst und Sport, anbetrifft, ist hier vereinigt. Wir finden dort die Sportler, die Frauenvereine, Kinderfreunde, Gesangsvereine, die Jugendvereine, die Wanderfreunde u. a. Man kann nicht sagen, daß zwischen den einzelnen Organisationsgruppen keine Verständigung herrschte. Sie war da und die Leitungen der einzelnen Gruppen standen in Führung, aber es hat keine besondere Körperschaft gegeben, die sich besonders dieser Arbeit widmen würde.

Diese Körperschaft mußte erst geschaffen werden, was am vergangenen Sonntag geschehen ist und sie ist

zum Wohle aller Organisationen

geschaffen worden. Das haben die Genossen auch eingesehen und den Mangel einer solchen Körperschaft schon längst empfunden. Daß dem so ist, geht schon daraus hervor, daß die Beibehaltung der Konferenz

über Erwarten groß war.

Alle Organisationen, die Partei, die Arbeitergewerkschaften und die Kulturvereine, haben ihre eifrigen Genossen zu der Tagung entsandt und aus den Referenten und der Diskussion ging unzweifelhaft hervor,

mit welchem Eifer die Genossen an ihrer Organisation hängen und an ihr arbeiten wollen.

Das war gerade das Erbauliche an dieser Konferenz gewesen und läßt darauf schließen,

daß wir um die Zukunft der sozialistischen Organisation bei der deutschen Arbeiterschaft nicht besorgt sein müssen.

An der Konferenz, die im großen Saale des Volkshauses stattgefunden hat und der voll besetzt war, nahmen reichlich 400 Delegierte und Gäste teil. Die Referate und die Debatte fanden zweifellos sehr hoch. Jeder gab das Beste aus sich heraus, um der guten Sache einen Dienst zu erweisen. Das Kapital geht gegen die Arbeiterschaft brutal vor, und dieser brutale Angriff auf die Arbeiterklasse spiegelt sich in den Beratungen der Konferenz. Vielesicht ist dieser brutale Angriff auf die Rechte der Arbeiterklasse, Antriebsmotiv zur Einheit und Zusammenarbeit gewesen, jedenfalls empfindet die Arbeiterklasse, hauptsächlich die deutsche Arbeiterschaft, die unbedingte Notwendigkeit, zu einem festen Zusammenhauß der gesamten Proletariatsorganisationen, denn das gebietet die ernste Stunde.

wir Sozialisten, wollen dem Menschen auch alles geben, damit sie wie Menschen leben können, aber schon hier auf Erden.
Der Redner kommt dann auf die

Psychologie der Massen

zu sprechen und zieht einen Fall aus Gollaschowsky heran. 1926 wurde dort ein Flugblatt in deutscher Sprache, anlässlich der Kommunalwahlen, herausgegeben und zwar von der deutschen Volkspartei, in welchem die Rede davon ist, daß den Deutschen ihre Kulturrechte erhalten werden müssen. Unter diesem Flugblatt befindet sich der Name des heutigen Gemeindepflichters von Gollaschowitz, Doleczyl. Damals war er ein Deutscher, dann war er Koriantist, und heute ist er ein Senator, ein viel „besserer“ noch, als die anderen. Die frommen Katholiken bringen alles fertig, sind sich auch noch heute einig, wenn es gilt, die Sozialisten zu vernichten.

Im Schlesiens Sein können wir uns die Lunge herausreden, können Arbeiterinteressen und die Interessen des Deutschums verteidigen, was wir auch gründlich besorgen, aber die bürgerliche Presse schweigt uns tot. Wir gehen mit jedem, der es aufrichtig meint und der

für Freiheit und Menschenglück kämpft,

denn das erfordert der Sozialismus und die Interessen der Arbeiter. Wer lange in der Bewegung steht, der kennt auch ihre Schwächen und weiß genau, welche Taktik im gegebenen Moment einzuschlagen ist. Das nimmt man uns manchmal sehr übel,

besonders von der jugendlichen Seite.

Junge Leute, die paar Broschüren gelesen haben, meinen, die Wissenschaft mit dem Löffel gegessen zu haben. Sie verweisen auf Rußland. Gewiß kann das, was in Rußland geschieht, nicht von der Hand gewiesen werden, denn dort wurde ein Stück sozialistische Arbeit geleistet. Aber man kann die dortigen Zustände auf andere Länder nicht hinüberpflanzen, wenn man nicht alles zerstören will, wie beispielsweise in Italien. Man möge nicht vergessen, daß das, was in Rußland geschieht, zur Sammlung aller reaktionären Elemente in Europa beigetragen hat. Gewiß sind wir alt, aber

Bebel hat gesagt, als er schon 65 Jahre zählte, daß er stets mit der Jugend zusammengekommen werde, wenn es gilt, um den Sozialismus zu kämpfen.

Die Kommission, die wir antreiben, soll die Aufklärungsarbeit erleichtern, die wir jedoch allesamt leisten müssen und nicht eher ruhen dürfen,

bis auf den Trümmern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die rote Fahne des Sozialismus wehen wird.

Nach diesen drei Referaten schritt man zur Diskussion über. Als erster sprach Genosse Morcinczyk, der sich mit der Jugendorganisation befaßt, wobei er den älteren Genossen den Vorwurf machte, daß sie ihre Kinder nicht in die sozialistischen Jugendvereine schickten, obwohl sie selbst in der Partei und Gewerkschaft organisiert sind. Es ist nicht schön, wenn Kinder von Sozialisten in illegalen Jugendvereinen organisiert sind. **Trotzlos ist die Finanzlage in den Jugendvereinen, weil die Jugend meistens arbeitslos ist.** Genosse Kuzelka spricht über den Arbeitersport, der nicht mehr jung sei, weil er schon vor dem Kriege da war. Es muß versucht werden,

auch in den ländlichen Gemeinden den Arbeitersport auszubreiten und den bürgerlichen Parteien zuzugewinnen. Hier müssen die Partei und die Gewerkschaft helfen und die Personen stellen. Genosse Weber beklagt, daß der Zusammenbruch der Arbeiterorganisationen etwas spät in die Wege geleitet wurde und man hätte diese Konferenz schon früher einberufen sollen. Genosse Klose hebt hervor, daß der Angriff der Kapitalisten sich nicht nur gegen die Gewerkschaften und Partei, sondern auch gegen die Kulturarbeit richtet und bringt Tatsachen vor.

Genosse Niesch bespricht die Zustände in Bielschowitz und Siemianowitz. Unsere Sportvereine haben bekanntlich eine Einheitsfront mit den WPS-Sportvereinen geschlossen, und die Folge davon war, daß man uns den Sportverein in Bielschowitz wegnahm. Auch das Material ist verloren gegangen. In Siemianowitz ist wieder ein anderes Uebel zu verzeichnen.

Da werden Arbeiterkinder von den illegalen Deutschen als die minderwertigen behandelt.

Dagegen hört man laute Klagen der Genossen. Genosse Borys begreift das Zusammenarbeiten aller Organisationen und spricht den Wunsch aus, daß den Organisationen

Broschüren über das Wesen des Sozialismus

zugestellt werden, damit sie Propaganda treiben können. Genosse Kawa tritt eifrig für den „Volkswille“ ein und meint, daß gerade der „Volkswille“ ausgezeichnete Kulturarbeit leistet. Leider gibt es noch viele Arbeiter, die den „Kurier“ lesen und bei uns organisiert sind. Sie sind dann keine guten Kämpfer für die Sache. Genosse Dziel weist darauf hin, daß aus der Organisation das Persönliche unbedingt zu verschwinden hat. Er hegt Zweifel, ob der neue Ausschuss etwas Besseres schaffen wird. Jedenfalls wird die Kulturarbeit mit Material unterstützt werden müssen. Redner beklagt sich gegen die schlechte materielle Lage der Vereine.

Genossin Kowoll spricht über die Frauenbewegung, und drückt die Hoffnung aus, daß sich der neue Ausschuss gerade der Frauenagitation annehmen wird. Es trifft nicht zu, daß die Eltern den Kindern Hindernisse bereiten, wenigstens ist das bei uns nicht der Fall. Bei den Kinderfreunden besteht die Aufgabe darin, die Kinder im sozialistischen Geiste zu erziehen. Allerdings ist es notwendig, daß die führenden Genossen auf ihre Frauen im sozialistischen Sinne einwirken. Spricht man über Zeltlager, so darf man darunter nicht nur eine Erholung verstehen,

denn dort wird auch die sozialistische Kultur gepflegt.

Die Zeltlager sind keine kirchlichen Einrichtungen, was die Genossen nicht vergessen dürfen. Jedenfalls erwarten besonders die Frauen eine Hilfestellung von der Konferenz und dem späteren Ausschuss in der sozialistischen Propaganda. Genosse Potopa spricht über den Arbeitersport und sagt, wie ein Steiger gegen den Sport Propaganda machte. Genosse Skenski spricht über die Naturfreunde. Die Kultur liegt auch im Gebirge, aber die Naturfreunde wollen auch nach dem Osten zu wandern, um dort mit den Arbeitern in Fühlung zu kommen. Genosse Kurz spricht über die Bibliotheken und beklagt sich, daß man die Bücher nicht zufließt, wie zu erwarten war. Genosse Kuzmann spricht über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit allen Organisationen. Genosse Parczny antwortet dem Genossen Kurz, daß vielfach Bücher geschickt wurden, die dann verloren gingen. Es muß eine ständige Person bestimmt werden, an die man die Bücher schicken kann. Auch müssen die Bücher in Ordnung gehalten werden.

Genosse Groll spricht über den Sängerbund, der gegenwärtig 10 Arbeiterchöre hat. Leider wird dem Gesang nicht immer die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet. Alle Genossen sollten den Gesangsvereinen als Mitglieder beitreten. Genossin Janta spricht über die Arbeiterwohlfahrt und be-

Polnisch-Schlesien

Der Kampf um die Lohngrößen

Nach der Ungültigkeitserklärung der Gesamtkündigung auf den Gruben und Hütten ist der Lohnkampf in ein neues Stadium gerückt, aber nicht beseitigt. Der Arbeitgeberverband besteht nach wie vor auf dem Lohnabbau in der Höhe von 21 Prozent in den Kohlengruben und 25 Prozent in der Eisenindustrie. Nach den Erklärungen des Ober-Arbeitsinspektors Klotz und des Demobilisationskommissars Maste wird der Lohnabbau keine 21 bzw. 25 Prozent betragen, aber ein Lohnabbau ist unvermeidlich, doch soll er weniger schmerzhaft sein. Also Lohnabbau auf alle Fälle, und das ist es gerade, was die Lage so furchtbarlich zugespitzt hat. Die Arbeiter wissen Bescheid, daß die Regierung für den Lohnabbau ist und obwohl von 21 bzw. 25 Prozent keine Rede ist, so wird sicherlich kaum unter 10 Prozent von den alten Löhnen abgebaut. Können die Arbeiter zum Schlichtungsausschuss Vertrauen haben, dem die Lohnstreitfrage überwiesen wurde, wenn sie wissen, daß dieser Schlichtungsausschuss ihnen einen erheblichen Teil des Lohnes wegnehmen wird? Wer ist denn der Schlichtungsausschuss? Der Schlichtungsausschuss, das ist der Vorsteher, der von der Regierung eingesetzt ist und nach den Weisungen von oben handelt. Hat man aber zum Schlichtungsausschuss kein Vertrauen, so fragt es sich, ob es zweckmäßig ist, erst dort hinzugehen und mitzuentcheiden? —

Die Arbeitergewerkschaften haben verlangt, daß die Kündigung zurückgezogen werden muß und die Lohnstreitfrage auf den gesetzlichen Weg geleitet wird. Der gesetzliche Weg führt durch den Schlichtungsausschuss, denn ein anderer Weg besteht nicht mehr. Diesen Weg werden jetzt die Gewerkschaften gehen müssen, weil sie ihn gefordert haben. Einen anderen Standpunkt nimmt der Zwanzigste Gornikow in Dombrowa Gornicza ein, der in einer Arbeiterkonferenz am vergangenen Freitag eine Entschließung angenommen hat, daß die Regierung in die Lohnstreitfrage nicht eingreifen darf, weil sie schon vorher mit den Kapitalisten Abmachungen über Lohnabbau getroffen hat. Die Arbeiter in Dombrowa Gornicza wollen direkt mit den Kapitalisten verhandeln, und falls die Kapitalisten auf dem Lohnabbau bestehen, dann wird die Verhandlung abgebrochen und der Streik wird proklamiert. So liegen die Dinge in Dombrowa Gornicza. In unserer Wojewodschaft wird der Schlichtungsausschuss entscheiden, und wie er entscheiden wird, haben wir schon oben ausgeführt. Die Arbeitergewerkschaften wollen nach der Entscheidung mit den Betriebsräten noch einmal konferieren und evtl. einen Beschluß über die Streikproklamation fassen. Nun soll man nicht außer acht lassen, daß die Arbeiter konferenzmüde geworden sind, weil sie der Sache mit den Reden und Resolutionen nicht mehr trauen. Die Situation ist recht zugespitzt und die Gewerkschaften laufen Gefahr, Einfluß auf die Arbeitermassen zu verlieren. Mit dieser Tatsache muß gerechnet werden. Auch darf man nicht vergessen, daß ein Streik, der nur auf ein Kohlengebiet beschränkt werden sollte, nicht den geringsten Ausblick auf Erfolg hat. Was in der schlesischen Wojewodschaft vereinbart wird, das gilt dann auch für die zwei weiteren Kohlengebiete. Das ist so zu verstehen, daß ein Lohnabbau in Dombrowa und Chorzow nach sich ziehen wird. Wie die Arbeitergewerkschaften aus dieser schwierigen Lage herauskommen werden, steht nicht fest, denn die Aufregung unter den Arbeitern ist groß und die Wirtschaftslage trostlos. In allen drei Kohlenrevieren stehen mindestens 150 000 Arbeitslose auf der Straße und die Tatsache kann auch nicht übersehen werden. Die Kapitalisten wuchten sich gut den Rücken zu decken und haben den Zeitpunkt für den Lohnabbau ganz gut gewählt.

Die Arbeiterkündigungen bleiben aufrecht?

Arbeitsminister Hubicki zu der Kündigung.

Aus einzelnen Gruben wird berichtet, daß die Verwaltungen die Arbeiterkündigungen nicht zurückziehen wollen. Der Betriebsrat der Janngrube erhielt am 22. d. Mts. ein Schreiben, in welchem gesagt wird, daß die Arbeiter individuell bei dem Betriebsleiter zu melden haben, wenn sie zu neuen Bedingungen am 1. Februar die Arbeit wieder aufnehmen wollen. Daraus ersehen man, daß die Verwaltungen die Kündigung weiter aufrecht erhalten wollen, obwohl der Demobilisationskommissar die Kündigung für ungültig erklärt hat. Die Kapitalisten bestehen auf der Kündigung deshalb, weil der Demobilisationskommissar die Kapitalisten nicht aufgefordert hat, die Kündigung zurückzuziehen, sondern sie nur als gesetzeswidrig bezeichnete.

In der Budgetkommission des Warschauer Sejms hat der Arbeitsminister Hubicki zu der Kündigungsfrage das Wort ergriffen und ausgeführt, daß die Kündigungen, ohne vorherige Genehmigung des Arbeitsinspektors rechtswidrig waren und deshalb wurde die Rückziehung angeordnet. Das hat der Minister wiederholt unterstrichen. Wir sind nun neugierig, wie sich die Dinge weiterentwickeln werden, nach-

flagt sich, daß die Genossinnen den Nähstuben zu wenig Aufmerksamkeit schenken, die doch auch Kulturarbeit verrichten, weil sie moderne schöne Sachen nähen.

Damit war die Diskussion beendet und das Schlusswort hielt Genosse Kowoll, der den Rednern auf ihre Wünsche und Beschwerden antwortete. Mit Recht sagte der Redner, daß keine Differenzen, sondern Meinungsverschiedenheiten in der Organisation vorgekommen sind. Man muß die Hand ans Werk legen, dann werden auch die Mängel ausgemerzt werden können. Es ist völlig unbegreiflich, wenn Genossen meinen, daß sie besser fortkommen, wenn sie unter einer polnischen Firma laufen.

Offen muß vorgegangen und Mut bekundet werden.

Wohl ist der einzelne Mensch schwach, aber wenn Tausende da sein werden, so wird man mit uns rechnen.

Der Glaube an den Sozialismus

muß offen bekundet werden. Die neue Kommission wird keine Diktatur schaffen. Sie wird eine Reihe Sorgen übernehmen müssen und zwar die Lohnfrage, Referenten und die Finanzfrage und sie zu lösen trachten. Dann schlägt Genosse Kowoll folgenden Genossen in die Kommission vor. Buchwald, Niesch, Kuzelka, Karl, Morcinczyk, Peschka oder Gorny, Genossin Ballon und Kowoll, die auch einstimmig gewählt wurden.

Genosse Knappik fordert die Genossen auf, im Sinne der heutigen Ausführungen zu wirken und schließlich die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf die Arbeiterinternationale!

dem die Kapitalisten die Arbeiter weiter zu terrorisieren gedenken. Zweifello ist die Lage in der Schwerindustrie sehr zugespitzt und es hat den Anschein, daß es ohne Kampf kaum diesmal abgehen wird. Heute wird die Arbeitsgemeinschaft zu einer Sitzung zusammentreten, um zu der Lage Stellung zu nehmen. Die polnischen Klassenkampfgewerkschaften lehnen den Schlichtungsausschuss ab. Die Situation im Lohnkonflikt ist nach wie vor verworren.

Deutsche Theatergemeinde Kattowitz

Frau Lotte Leonard, die durch ihre Mitwirkung bei den Meisterkonzerten bestens bekannte große Berliner Sängerin folgt einem Rufe der Karl Schurz-Gesellschaft nach Amerika, um eine Reihe von Konzerten zu geben, in denen sie in der Hauptsache Goethelieder vortragen wird. Es ist der Deutschen Theatergemeinde gelungen, Lotte Leonard vor ihrer Abreise noch zu einem Konzert in Kattowitz zu verpflichten. Sie singt am 18. Februar im hiesigen Stadttheater. Wir machen unser Publikum schon heute auf dieses große Konzertereignis aufmerksam.

Schauspiel-Abonnement. Wir bitten das Schauspielabonnent baldmöglichst zu erneuern bzw. neu zu erwerben, da am 1. Februar bereits die erste Vorstellung stattfindet.

Kattowitz und Umgebung

Deutsche Theatergemeinde. Montag, den 25. Januar, abends 8 Uhr im Abonnement A (rote Karten) „U. B. 110“ Freitag, den 29. Januar, abends 7 1/2 Uhr „Im weißen Rößl“ Sonntag, den 31. Januar, nachmittags 4 Uhr, Kindervorstellung „Münchbrädel“. Sonntag, den 31. Januar, abends 8 Uhr „Lumpacinsagabundus“ oder „Das liederliche Kleeblatt“. Montag, den 1. Februar, abends 8 Uhr, im Abonnement B (grüne Karten) „Meine Schwester und ich“. Donnerstag, den 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr „Der Waffenschmied“.

Feuer infolge Schornsteindeckel. In der Korbmachereiwerkstatt des Inhabers Georg Wondan in Kattowitz brach Feuer aus, durch welches verschiedene Korbgerätschaften zerstört wurden. Der Gesamtschaden wird auf 350 Zloty beziffert. Das Feuer soll infolge Schornsteindeckel hervorgerufen worden sein.

Das Diebesgut im Treppenschur. In die Wohnung des Valentin Wicher auf der ul. Mlynsta in Kattowitz wurde ein Einbruch verübt. Die Täter stahlen dort u. a. 18 Bilder im Werte von 600 Zloty. Das Diebesgut wurde später von der Polizei und zwar während der Untersuchungen, im Treppenschur aufgefunden und beschlagnahmt. Das Diebesgut konnte inzwischen dem Eigentümer wieder zugestellt werden. Den Tätern gelang es unerkannt zu entkommen.

Bodendiebstahl. In der Nacht zum 19. d. Mts. wurde auf den Bodenraum des Hauses Nr. 7 ul. Compn in Kattowitz ein Einbruch verübt. Die Täter stahlen dort u. a. Bettwäsche mit dem Monogramm „C. A.“, sowie 10 Meter Leinwand. Der Gesamtschaden steht z. Zt. nicht fest. Den Spürhunden gelang es mit der Diebesbeute unerkannt zu entkommen. Vor Anlauf der gestohlenen Sachen wird polizeilich seitens gewarnt.

Königshütte und Umgebung

Pensionsauszahlung. Wie bereits bekannt, wurden in der diesjährigen Generalversammlung der Knappschaft, alle Renten der Invaliden, Witwen und Waisen um 10 v. H. herabgesetzt. Infolge der noch nicht erfolgten Verrechnung, findet die Auszahlung der Pensionen an die Invaliden der Königshütte und Verfalltendenverwaltung erst am Dienstag, den 26. d. Mts., vormittags im Meldeamt der Verfalltendenverwaltung an der ul. Bytomska 20 statt. Hierzu sind die Pensionskarten mitzubringen. Die Auszahlung der Pensionen an die Witwen und Waisen findet am Sonnabend, den 30. Januar statt.

Deutsches Theater. Am Donnerstag, den 28. Januar, 20 Uhr, kommt das Schauspiel „U-Boot 118“ von Verbs zur Aufführung. Die Veranstaltung ist nicht im Abonnement. Der Vorverkauf hat begonnen. Kassenstunden von 10 bis 13 und 16,30 bis 18,30 Uhr, am Sonntag von 11 bis 13 Uhr. Tel. 150.

Wichtig für Kriegsinvaliden. Diejenigen Invaliden, die vom Bezirkskommando neue Invalidenbüchlein erhalten haben, müssen sie mit einer Photographie versehen, um nicht bei Dienstreisen der Fahrpreisermäßigung auf der Eisenbahn verlustig zu gehen. Alle anderen Invaliden, die bis jetzt noch kein Invalidenbüchlein erhalten haben, müssen sich in dieser Angelegenheit persönlich oder schriftlich an das Bezirkskommando an der ulica Piastowska 3 melden. Anschließend daran wird bekannt gemacht, daß zur Verminderung von Irrtümern, Zeitverluste u. a. Anträge auf unentgeltliche Kuren in Sanatorien, Erholungsstätten, beim Fürsorgeamt in Schwientowitz gestellt werden müssen. Dasselbst werden auch alle Angelegenheiten der Kriegshinterbliebenen erledigt. Allen Eingaben müssen die erforderlichen vorschristsmäßigen Papiere beigelegt werden. Anträge unmittelbar an die Wojewodschaft, bleiben von vornherein unerledigt.

Körperverletzung. In einem Lokal an der ulica 3-go Maja kam es zwischen dem Fleischer Georg G. von der ulica Graniczna und einem gewissen Wladislaw A. zu einer Auseinandersetzung, wobei A. seinem Gegner mit einem Stock erheblich am Kopf verletzte. Strafantrag wegen Körperverletzung wurde bei der Polizei gestellt.

Systematische Diebstähle. Der Drogist Walter Mlecko von der ulica 3-go Maja 31, brachte seinen bei ihm beschlagnahmten Ernst S. zur Anzeige, weil er durch systematische Diebstähle von Drogenwaren ihm einen Schaden von etwa 200 Zloty verursacht hat.

Chorzow. (Der Leidensweg einer Arbeitslosenfamilie.) Ein Arbeitsloser aus Chorzow, der längere Zeit in Deutschland in Sachsen gearbeitet hat und als Ausländer reduziert wurde, begab sich nach Berlin zum polnischen Konsulat, um einen Auslandspaß zu erhalten. Während der Wartzeit, die bei dem polnischen Konsulat längere Zeit in Anspruch nahm, mußte sich der entlassene Arbeiter zu den Barbaren begeben, um nicht Hungers sterben zu müssen. Drei Monate lang fand er im Obdachlosen Asyl Unterkunft und Verpflegung. Einen Paß erhielt er vom Konsulat nicht. Er begab sich nach Berlin, um den Paß zu erhalten. Dort fand er keinen Paß zu erhalten, um nach seiner Heimat Chorzow zu gelangen. Aber auch in Berlin mußte der Bedauernswerte vergebens warten bis er schließlich ausgewiesen wurde. Er kam nun in Chorzow zu spät an, um in den Genuß der Unterstützung zu gelangen. Seit März vergangenen Jahres ist der Bedauernswerte ohne Arbeit und erhält auch keine Unterstützung. Außerdem hat der Betroffene noch einen arbeitslosen Sohn, der ebenfalls keine Unterstützung

Sport vom Sonntag

1. R. A. S. Kattowik — Fr. Sportverein Laurahütte 5:4 (2:3).

Auf dem Kattowiker Bogensplatz bekam man ein hartes aber faibles Handballspiel zwischen obigen Gegnern zu sehen. Leider war der Platz nicht gerade ideal für ein Handballspiel, da er nah und stellenweise sehr verharzt war. Die Sportler hatten eine gute erste Halbzeit. Man konnte sehen, daß sie in letzter Zeit sehr viel hingelernt haben und den routinierten Kattowikern in nichts nachstanden. Nach der Pause kam der R. A. S. mehr in Fahrt. Doch waren sich die Mannschaften gleichwertig. Ein unentschiedenes Resultat hätte dem Spielverlauf und auch dem Kräfteverhältnis beider Mannschaften mehr entsprochen. Doch war das Glück auf Seiten der Kattowiker das ihnen den knappen Sieg brachte. Zu tadeln wäre hier auch wieder, daß von einer Mannschaft immer dauernd gegen den Schiedsrichter moniert wurde. Trotzdem in der Halbzeit der Pfeifenmann ausgewechselt wurde und der Vertreter bestimmt nicht schlecht war, so hatten die Laurahütter auch weiter etwas auszuweisen.

1. R. A. S. Kattowik — R. A. S. Sila Gieschewald 5:0 (1:0).

In dem darauf folgenden Fußballspiel, konnten die Kattowiker einen überlegenen Sieg erzielen. Die Gäste waren von Einheimischen technisch noch nicht gewachsen und mußten sich eine verdiente Niederlage gefallen lassen. Auch bei diesem Spiel gab es mit dem Schiedsrichter Auseinandersetzungen. Den Gieschewaldern war alles schlecht. Zuerst war der Ball zu leicht, dann benachteiligte sie der Schiedsrichter.

Diese andauernde Schiedsrichtermisere muß endlich behoben werden. Bei der in Kürze kommenden Generalversammlung müssen auch diese Dinge besprochen werden. Es ist nämlich nicht gut, daß ein Vereinschiedsrichter ein Spiel seiner eignen Mannschaft schiedsrichtert. So etwas wird immer böses Blut unter die einzelnen Mannschaften bringen.

erhält. Nicht einmal die Einmalige kann er bekommen. Auch eine arbeitslose Tochter bekommt keine Unterstützung. So steht der Arbeitslose ohne jegliche Hilfe mit seinen Kindern da. Kommen die Kinder auf die Gemeinde und bitten um etwas, so werden sie von dem Gemeindefreier Smolinski mit groben Worten abgewiesen. Ein einziges Mal wurde dieser Familie etwas von Kinderwäsche gegeben. Nun wird es jedesmal vom S. vorgeworfen, daß die Gemeinde seine Kinder bekleidet hat. Dasselbe Schicksal teilen auch andere Arbeitslosen in Chorzow. Sie hatten bis jetzt keine Traute den Mund aufzumachen. Nun treibt sie der Hunger dazu und sie rufen die Deffentlichkeit an. Wir möchten hier nun die Gemeindeverwaltung von Chorzow fragen, ob das wirklich nötig ist, daß so viele Familien hungern müssen. Wie wir weiter erfahren, soll die Verteilung der Unterstützung eine sehr ungerechte in Chorzow sein. Da sollen Viehlinge von Gemeindebeamten mehr Unterstützung erhalten, als diejenigen Arbeitslosen, die bei den Gemeindebeamten nicht angesehen sind. Es wäre sehr angebracht, wenn der Chorzower Gemeindevorsteher in seinem Bereich nach dem Rechten sehen möchte, um die unhaltbaren Zustände zu beseitigen, denn schließlich sind alle Arbeitslose Menschen und müssen auch dementsprechend behandelt werden.

Siemianowik

Gemeindevorsteherung.

Am Montag, den 25. Jan., abends 6 Uhr, findet im Gemeindefestsaal eine Gemeindevorsteherung mit folgender Tagesordnung statt:

1. Beratung über die finanzielle Auseinandersetzung zwischen der Gemeinde und dem Staatsarchiv aus Anlaß der Verstaatlichung des Kommunalgymnasiums.
 2. Bewilligung von Mitteln für einmalige Unterstützung von Arbeitslosen und Arme.
 3. Nachbewilligung der Kosten für die Abfuhr von Winterkartoffeln.
 4. Bewilligung der Ausgaben für die Weihnachtsunterstützungen in Höhe von 341,22 Zloty.
 5. Genehmigung der Budgetüberschreitungen.
 6. Bericht über die Administrationkosten des Fundusz bezrobocia.
 7. Anträge.
 8. Personalfragen.
- Diese Sitzung ist die letzte vor den Stadtratswahlen und dürfte deshalb einen recht interessanten Verlauf nehmen.

Die Kündigungen der 426 Hüttenarbeiter auf unbekannte Zeit zurückgestellt. Die Hüttenverwaltung gibt bekannt, daß auf Anordnung der Generaldirektion, die bereits ausgestellten Kündigungen zurückgehalten werden sollen. Einzelne den Arbeitern schon ausgehändigte Kündigungen wurden wieder zurückgenommen.

Eine unverständliche Maßnahme der Hüttenverwaltung. Im Anschluß an die am Freitag stattgefundene Belegschaftsversammlung gab die Hüttenverwaltung dem Wächterpersonal die Anweisung, das Haupttor abzuschließen. Die Arbeiter sollten das Hüttenterrain durch die entlegenen Tore verlassen. Diese Maßnahme entbehrt nicht eines provokatörichen Charakters und die Verwaltung hatte kein Recht zu einer solchen Freiheitsberaubung, zumal bei der Versammlung auch kein Beschluß über eine Demonstration vor der Verwaltung gefaßt wurde. Die Arbeiter ließen sich dies nicht gefallen und sprengten die Eingangstür. Nur der Besonnenheit der Arbeiter ist es zu danken, daß es hierbei nicht zu ernstlichen Zwischenfällen kam. Wozu aber diese Provokation ohne Grund. Wer trägt die Verantwortung, wenn aus solcher Handlung Komplikationen entstehen. Die Verhältnisse sind doch gespannt genug, als daß man die Arbeiterschaft mit solchen unverständlichen Maßnahmen reizen sollte.

Aus Viehesgram in den Tod. In der Nähe von Alfreds hat versucht ein junges Mädchen, L. M. von der Barbarsstraße, durch Einnahme von Nisol ihrem Leben ein Ende zu setzen. Die Lebensmüde wurde in hoffnungslosem Zustande ins Kattowiker Krankenhaus geschafft.

Einem Kollwagen gestohlen. Dem Klempnermeister Schweizer von der Wandstraße verschwand am 20. d. Mts. ein Kollwagen, dies ist immerhin ein Gegenstand, den man nicht so leicht ersetzen kann und die Spürhunden sind bestimmt nicht im Orte zu suchen.

Zwei Antiebsriemen gestohlen. In einem Betrieb der Laurahütte entwendeten Diebe in der Nacht zwei große Treibriemen, welche einen ziemlich hohen Wert darstellen. Die Täter sind unbekannt.

Der Braut einen Mantel gestohlen und das Bett gestohlt. Ein seiner Bräutigam ist der P. S., welcher von seiner zukünftigen

tigen Braut eifrig Jahre ausgehalten wurde in der Hoffnung, daß er sie heiraten werde. Er zog es jedoch vor, nachdem er das arme Mädchen solange ausgeplündert hat, unter Mitnahme von Sachen zu verschwinden.

Diebstahl im Kino „Apollo“. Aus dem Vorraum des Kinos „Apollo“, Bahnhofstraße, wurde am vergangenen Donnerstag ein Entlüfter, im Werte von ca. 300 Zloty, gestohlen.

Schwientochlowik u. Umgebung

Friedenshütte. (Von der Hilfsaktion für die Arbeitslosen.) Das Hilfswerk für die Arbeitslosen hat folgendes Ergebnis gezeitigt. Durch freiwillige Sammlung der Arbeiter und Beamten der Friedenshütte, aus Zuschüssen der Verwaltung und Woiwodschaft, und weiter durch Konzerte und Straßenkassensammlungen wurden 45 400 Zloty gesammelt. Die Ausgaben belaufen sich auf 44 100 Zloty, den Arbeitslosen fließen 31 405 Zloty zu. An barem Geld kamen 7764 Zloty zur Auszahlung. An Bedürftige wurden Kleidungsstücke im Werte von 4440 Zloty verteilt. Mittagsportionen kamen täglich durchschnittlich 4000 zur Ausgabe. Nach der Einwohnerzahl wird jeder 4. Bürger öffentlich gespeist. Bei weiterem Stillstand der Friedenshütte erhebt sich die Frage: „Was dann“, wenn öffentliche Zuschüsse nicht mehr zufließen und auch die Gemeindegeldmittel erschöpft sein werden. Nun, dann begeben wir uns alle nach dem Hüttenort I und singen gemeinsam: „Gott sorgt für uns“. Hoffentlich faßt das der „Oberschlesische Kurier“ nicht wieder als Beleidigung auf.

Kamien. (Mit der Art gegen den Gemeindevorsteher.) In den Nachmittagsstunden zum 21. d. Mts. drang ein gewisser Richard Wronia aus Brzozowic in das Gemeindeamt in der Ortschaft Kamien ein und versuchte mit einer Art den dort anwesenden Gemeindevorsteher zu mißhandeln. Ein wachhabender Polizeibeamter wurde auf den Wüterich aufmerksam und eilte, nicht Gutes ahnend, sofort in das Gemeindeamt. Nach längerem Kampf gelang es dem Beamten, W. die Art aus der Hand zu reißen. W. warf sich daraufhin auf den Schuttmann, um ihn zu entführen. Der Polizist machte von seiner Waffe Gebrauch und verletzte damit den Angreifer am Kopf.

Pleß und Umgebung

Mutterberatungsstelle nur für polnische Frauen.

In der Golaszowicer evang. Volksschule, die schon für verschiedene Sachen verwendet wurde, wie z. B. als Tanzschule, ist vor nicht langer Zeit eine Mutterberatungsstelle eingerichtet worden. Ein Arzt und eine Pflegehelferin aus Zebrybowice kommen jede Woche einmal, um den Müttern und werdenden Müttern Rat zu erteilen. Gegen eine solche Einrichtung haben wir nichts einzuwenden. Ja, wir freuen uns sogar, daß auch auf dem Lande der Bevölkerung mit verschiedenen Einrichtungen geholfen wird.

Was wir in der Golaszowicer Mutterberatungsstelle festgestellt haben ist das, daß die Beratungsstelle zu politischen Zwecken ausgenutzt wird. Eine solche Beratungsstelle in einem Orte muß allen Frauen, mögen sie oder ihre Männer einer politischen Gesinnung sein wie sie wollen, den gewünschten Rat erteilen. Schließlich werden diese Stellen nur von Steuergeldern erhalten. Die Deutschen sind doch

von der Steuer nicht ausgeschlossen und auf dem Gelbe steht doch als geschrieben, daß es nur ein Pole war, der dieses Geld als Steuer bezahlt hat. Die barmherzige Schwester der Golaszowicer Beratungsstelle ist anderer Meinung. Als eine gute evangelische Polin aus Teschen, ist sie nicht nach Golaszowik gekommen, um den Bürgern mit Rat beizustehen, sondern um etwas hohe Politik zu treiben, wie es der Amtsvorsteher Dolezyk verlangt.

So ist dieser Tage dort eine Frau eines bekannten Bürgers, der sich offen zur deutschen Minderheit bekennt, in die Beratungsstelle gekommen und verlangte als Mutter Auskunft. Anstatt ihr dieselbe zu erteilen, so wurde der Frau von der Schwester (Stiefschwester wäre besser gesagt) erklärt, daß es für Frauen, die sich zum Deutschtum bekennen, keinen Rat gibt und so mußte die Frau so gehen wie sie gekommen ist. Wir wissen nicht, wie wir eine solche Handlung heißen sollen, denn Chauvinismus ist noch viel zu schmeichelhaft.

Jedenfalls wäre es am Plage, daß in Golaszowik eine ganz andere Ordnung eintreten möchte, denn es ist unerhört, was dort mit den friedlichen Bürgern getrieben wird. Da wird sogar eine werdende Mutter verachtet, da sie angeblich eine Deutsche sein soll. Hier müssen die Gemeindevorsteher Ordnung schaffen, denn sie sind dazu gewählt worden über die Gelder ihrer Bürger zu wachen. So wie die Steuer von den Deutschen eingezogen wird, so haben auch die Deutschen das Recht alle Einrichtungen in der Gemeinde in Anspruch zu nehmen.

Rybnik und Umgebung

Bischof. (Ein Steiger klagt Arbeiter vor Gericht an.) Dieser Tage fand in Rybnik eine interessante Gerichtsverhandlung statt, wo der Steiger Trychaskalik einen Bergmann verklagt hat, weil er ihn falsch beschuldigt und beleidigt hat. Der Bergmann sollte dem Steiger vorgeworfen haben, daß er verschiedenen Arbeitern Schichten ohne, daß sie gearbeitet haben zuschreibt, natürlich nicht umsonst. Der Teufel Schnaps hat dem Steiger gut geschmeckt und da hat er für denselben die Schichten zugeschrieben. Der angeklagte Bergmann hat vor Gericht den Wahrheitsbeweis erbracht und der Steiger hat seinen Prozeß verloren. Was wird nun die Verwaltung der Annagrube zu dem Ausgang dieses Prozesses sagen. Ob der Steiger sich noch weiter auf Annagrube halten wird, ist fraglich. Solche Sachen, wie die erwähnte gibt es auf Annagrube noch mehr.

Deutsch-Oberschlesien

Die Rettungsarbeit auf Carsten-Zentrum-Grube eingestellt.

Beuthen. Nachdem am Sonnabend vormittag der Bergbaupräsident mit den zuständigen Vertretern der Bergbehörde, der Grubenverwaltung und der Betriebsvertretung nochmals die Bergungstendenzen und die aufgewältigten Unglücksbaue besprochen hat und alle Beteiligten zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß die Vermissten nicht mehr leben können und eine Fortsetzung der Bergungsarbeiten für das Leben der anzusehenden Mannschaften äußerst gefährlich ist, hat sich die Bergbehörde mit der Einstellung der Bergungsarbeiten einverstanden erklärt. Auch die Hinterbliebenen der Vermissten sind damit einverstanden.

Dr. med. Elisabeth Degeener

Roman von Marliese Sonneborn

25) Elisabeth schritt ihrem Lieblingsplatz entgegen, den sie seit dem Tage gemieden, da sie dort das Wunder erlebt hatte, von dem ihre Seele erfüllt war — seither.

Es war fast unmöglich, daß Ley um diese Stunde dort sein würde. Sie mußte es — und wußte ebenso tief, daß sie ihn dort treffen sollte.

In der Ruhe und Stille seiner Genesungszeit gewährte er sich schrankenlos die Wollust der gedenkenden, träumerischen Schwärze. Aber fester als Elisabeth rüttelte er sich auf zum Einhalten der Grenzen selbst im Denken.

Wer bin ich? Und was ist sie?

Auch er wußte um die schicksalhafte Verbundenheit, die über alle Eigenbestimmung hinausgehende Kraft ihrer Gefühle.

Aber zugleich sah er mit unerbittlicher Deutlichkeit alle die zwischen ihnen stehenden Unmöglichkeiten.

Obwohl sie beide in den letzten Minuten unablässig aneinander gedacht, ertöteten und erschrafen sie, als sie sich nun so plötzlich gegenüberstanden — gegenüberstanden in Fleisch und Blut, die sie einander eben noch alles als schöne Träume empfunden hatten.

„Ich erwartete nicht, um diese Zeit hier jemand von den Patienten zu treffen“, sagte Doktor Elisabeth Degeener verwirrt und dennoch mit völliger Beherrschung der Lage.

Ley, sich erhebend: „Sie haben recht, Frau Doktor. Ich beuge eine Sünde wider die Hausordnung. Ich beurlaube mich selbst von der Liegekur. Willen Sie gütigst meinen Platz einnehmen?“

Doktor Elisabeth Degeener sagte kopfschüttelnd: „Ich möchte lieber stehen. Bleiben Sie nur. Ich dieser Minute bin ich nicht Verzin, sondern nur ein des Ausruhens bedürftiger Mensch. Ich nehme also von Ihrer Verzeihung

offiziell keine Kenntnis. Auch scheint es mir ein Zeichen, daß Sie doch wieder einige Kräfte haben. Schwerfranke benutzen jeden Augenblick zum Ausruhen.“

„Wahrscheinlich, Frau Doktor, sind Sie zur Zeit erholungsbedürftiger als ich.“

Sie zuckte mit den Achseln, sich an die niedrige Mauer lehrend.

„Wir haben schwere Fälle seit einigen Tagen.“

„Sie arbeiten — und wir?“

„Genesen!“

„Bereiten uns auf das Fest vor.“

„Fest? — Ach, richtig!“

„Sie werden teilnehmen?“

„Wenn mein Mann noch nicht wieder zurück ist...“

Eine heiße Welle überlag Ley's Gesicht.

„Der Herr, mit dem Sie an jenem Abend auf dem See waren?“ fragte er ungeschickt — und über seine Ungeschicklichkeit nur noch tiefer erröthend.

„Ja!“ sagte sie gelassen.

Zwischen beiden herrschte einen Augenblick Schweigen.

Aber es war ein von tausend Empfindungen durchraushtes Schweigen, in dem einer dem anderen so vieles sagte.

Der Mann riß sich zuerst los und brach den verführerischen Zauber dieses Augenblicks.

„Erzählen Sie Degeener ist Politiker?“

„Gewissen. Mein Mann beschäftigt sich zur Zeit mit Vorliebe mit Blumenzucht.“

Ley lächelte.

„Auch seine Reize nach dem Norden gilt dieser Vorliebe?“

„Sie wissen...?“

„Die Zeitungen berichten und geben Kommentare dazu — von der Fahrt des früheren Ministers an den Ort seiner einstigen Tätigkeit.“

„Ich glaube nicht, daß mein Mann ernstlich plant, wieder an die Deffentlichkeit zu gehen.“

„Ihr Herr Gemahl ist nicht mehr jung?“

„Nein!“

Von neuem lastete Schweigen zwischen ihnen.

In seiner stummen Bedachtsamkeit war es für beide — Leides: Versuchung und Süße...

Ihre Hände lagen auf der Mauer — nicht weit voneinander.

Es strömte zwischen ihnen hin und her ein elektrischer Strom von ungeahnter Kraft.

Ach, nur die Hände sich reihen, nur die Finger fest und innig umschließen dürfen...

„Sie sind noch so jung.“

Der Mann sprach es aus; es klang wie ein Schrei der Sehnsucht.

Wie eine Forderung.

Wir beide — wir — wir gehören zusammen!

Und sie antwortete:

„Jung? Eine Tätigkeit, wie die meine, macht sehr früh alt.“

„Warum?“

„Es ist ein inneres Bedürfnis! Ich kann nicht leben — unerfüllt...“

„Und Ihr Beruf ist ganz und gar Erfüllung?“

Sie lächelte. Ein reizend mädchenhaftes Lächeln, das ihr ernstes, sachliches Gesicht mit einem Male umschuf.

„Sie wissen ja, daß es nicht der Fall ist...“

Das war schon zu viel gesagt.

Doch beide beachteten es nicht.

In ihnen beiden wurzelte, knospete und blühte es auf — so töricht süßen Dufte, daß es sie beide zu betäuben drohte — die rote Reife Leidenschaft.

„Ach, hier bist du! Ich habe dich gesucht!“

Ein reizend kindliches Stimmchen zwischerte in dies heiße Ringen zweier Seelen voneinander fort — zueinander hin? Wer hätte es zu sagen vermocht? Vielleicht war es beides — und eben deshalb so voll Schmerz, so voll Süße.

Dann erblickte Elise — beim nächsten Schritt die Terrasse übersehend — Doktor Elisabeth Degeener.

(Fortsetzung folgt.)

Bieliß, Biala und Umgegend

Bieliß und Umgebung

Wird die Selbstverwaltung der Krankenkassen reaktiviert?

Wie erinnerlich, hat der sozialistische Abgeordnetenkklub im Juli v. J. einen Dringlichkeitsantrag im Schlesischen Sejm eingebracht, in welchem die Wiedereinsetzung der Selbstverwaltung in der Bielißer und Teschener Krankenkasse gefordert wurde. In der darauf folgenden Debatte ist die Kommissarenwirtschaft im allgemeinen, im speziellen die des Herrn Jilus einer gründlichen Kritik unterzogen worden.

Mit überwiegender Stimmenmehrheit ist die Reaktivierung der Krankenkassen selbstverwaltung beschlossen worden.

Seit dieser Zeit ist ein halbes Jahr verflossen. Herr Jilus wirtschaftet nach seiner Art. Die Behandlung der Kranken ist bereits hinreichend in unserem Blatte beleuchtet worden. Die Behandlung der Angehörigen, die Aufkündigung derjenigen, die man nicht geizig machen konnte — bildet ein Kapitel, über welches noch längst nicht das letzte Wort gesprochen wurde. Der Zustrom auswärtiger Kräfte, dies für alle möglichen Stellen, von den niedrigsten bis zu den höchsten, hat auch nach der Debatte im Sejm nicht ausgekehrt. Während vorher durchwegs ortige, schlesische Bürger in der Krankenkasse beschäftigt wurden, hat sich jetzt das Bild radikal geändert. Die Herren, die vom Osten herkommen, haben zu den Bürgern Schlesiens kein Vertrauen.

Ebenso Herr Jilus wie Herr Bleifeder importierte eine zahlreiche Gruppe „seiner Menschen“. „Man“ darf sich jedoch gar nicht wundern, denn woher soll man in Schlesiens geeignete Kräfte hernehmen? Weil aber die importierten Direktoren und Kommissare in Oberschlesien wie im Teschner Schlesiens den Import von auswärtigen Kräften betreiben, deshalb haben wir heute in Schlesiens die stärkste Arbeitslosigkeit, insbesondere von geistigen Arbeitern.

Der Umstand aber, daß die Leistungen an die Mitglieder herabgesetzt wurde, für manche keine ärztliche Hilfe gezahlt wird, und daß die Gehälter der Angestellten herabgedrückt wurden, — dieser Umstand beweist, daß die importierten Herren keine Wunder gemacht haben.

Laut dem Gesetz hat ein Kommissar die Uebel zu beheben und weiterzugehen. Nachher sollte die normale Wirtschaft, die Selbstverwaltung, wieder eingeführt werden. Nun aber wirtschaftet sich kommissarisch so bequem, daß es gar nicht unternehmen darf, daß die Herren nicht weichen wollen. Gesetz aber ist Gesetz. Der Beschluß des Schlesischen Sejms basierte auf dem Gesetz. Da weder eines noch das andere von den Behörden respektiert wurde, reichte der sozialistische Abgeordnetenkklub eine Interpellation an den Wojewoden ein, worin eben angefragt wird, warum dem Beschluß des Sejms nicht Folge geleistet wurde.

Wir kennen das jetzige Regime in Polen. Die Diktatur vertritt keine Selbstverwaltung. Mit Kommissaren kommt man leichter aus. Sollten aber unsere Mahnungen keinen Erfolg haben, um so ärger für das Institut, um so ärger für die Rassenmitglieder — jetzt, um so ärger — später, — wenn die Endabrechnung für die Gewaltigen von heute kommt.

Vom Bezirksarbeitslosenkomitee.

Vom Bezirksarbeitslosen-Hilfskomitee wurde uns der 10. Sammlungsausweis überwiesen. Aus diesem geht hervor, daß trotz der eifrigsten Agitation das Ergebnis immer geringer wird. Wir haben bereits mehrere Male darauf hingewiesen, daß diese Sammlungen infolge der fortschreitenden Arbeitslosigkeit und des fortwährenden Gehalts- und Lohnabbaues immer magerer ausfallen werden. Diese Quelle wird, falls die Krise sich noch weiter verschärft, gänzlich versiegen. Der diesmalige Sammlungsausweis weist einen Betrag von gegen 11.000 Zloty aus. Was kann für dieses Geld geschaffen werden? Würde man die Zahl der Arbeitslosen nur mit 1100 im ganzen Bezirk annehmen — in Wirklichkeit sind es weit über 10.000 —, so könnte man jeden kaum mit 10 Zloty beteiligen und der gesammelte Betrag wäre schon erschöpft. Was kann aber ein Arbeitsloser, wenn er noch eine Familie zu erhalten hat, mit 10 Zloty anfangen? Es wird auch von einer Unterstützungsaktion für Kinder der Arbeitslosen gesprochen. An die einzelnen Schulen ergingen Aufforderungen, die Zahl der bedürftigen Kinder bekanntzugeben zwecks Zahlung derselben mit Milch. Alles wird großzügig versprochen, aber nichts geht in Erfüllung, oder wenn schon, dann in sehr geringem Maße!

Die Arbeitslosenhilfe muß großzügiger in Angriff genommen werden. Mit Almosen ist den Arbeitslosen nicht gedient. Diese Aktion muß vom Staate oder von der Wojewodschaft in die Hand genommen werden. Es muß in das neu zusammenzustellende Jahresbudget ein solcher Betrag eingestellt werden, daß den Arbeitslosen wirkliche Hilfe geboten wird. Dann müssen aber auch Beträge eingestellt sein, damit die öffentlichen Arbeiten in Angriff genommen werden können. Die Arbeitslosen wollen lieber Arbeit, aber keine Almosen! Was die nötigen Gelder für diese Zwecke anbelangt, so sollen nur die gänzlich unproduktiven Ausgaben — und deren gibt es leider sehr viele — gänzlich gestrichen werden. Solchen unnützen Luxus kann sich ein Land nicht leisten, in dem ein großer Teil der Bevölkerung buchstäblich hungern muß.

Protestversammlung der Mieter des Zastad Abzpieczon Bracownikow Umslowach w Krolewski Hucie betreffend Mietzinserhöhung in den Wohnhäusern der Anstalt in Bielsko u. Biala. Am Mittwoch, den 20. 1. M. fand unter sehr großer Beteiligung der Mieter der Pensionsanstalt aus den Bielißer und Bialaer Häusern eine Protestversammlung zwecks Herabsetzung der für die heutige Zeit unerträglich hohen Hausmieten statt. — Im Eingang der Versammlung wurde auf den von der Anstalt verrechneten hohen Zinsfuß und die zu kurze Zeit berechnete Amortisationsdauer der Bauten hingewiesen, welche der Anstalt ein Zinsenertragnis von ca. 7 Prozent garantieren. — Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Pensionsanstalt Gelder stellenweise mit 2 und 3 Prozent angelegt hat und an einzelne Gemeinden Kredite mit 4 bis 5 Prozent erteilt, ist es vollkommen ungerechtfertigt von Mitgliedern der Anstalt, welche ohnedies allmonatlich außer der Miete ihren Beitrag leisten für die eigenen Einlagen eine derart hohe Verzinsung zu fordern. Mit Rücksicht darauf, daß die durch Gehaltskürzungen ohnedies schwer betroffenen Privatbeamten soweit dieselben noch in Stellung sind, heute kaum und nur noch mit Mühe die notwendigen Ausgaben zur Erhaltung des Lebens bestreiten können, ist es erste Pflicht

Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe

Obige Worte gebrauchte die Ostschlesische Post in einer Antwort auf unseren Artikel bezüglich der klerikalen Verdummungsmethoden. Die Ostschlesische Post sympathisiert doch auch sehr stark mit den Wiener Christlichsozialen und mit dem Prälaten Seipel, welcher der geistige Vater der österreichischen Putzisten, Heimwehler genannt, ist. Dieser Prälat Seipel, der Priester ohne Milde, möchte aus lauter christlicher Nächstenliebe die Sozialisten im allgemeinen die Wiener Sozialdemokraten aber ganz besonders in einem Meer von Blut ertränken, um dann den Habsburgern das arme Land wieder auszuliefern. Um dies ja ganz sicher zu bewerkstelligen, geht er zu den Großkapitalisten um Gelber schnorren, womit dann diese Heimwehr aufgepöbelt wird. Gelingen dem Seipel die Pläne, dann kommen die Kapitalisten auch auf ihre Rechnung, denn wenn es keine Sozialdemokraten mehr geben wird, können sie den Arbeitern zahlen wieviel sie wollen und sie auch als die reinsten Sklaven behandeln, wie es jetzt Mussolini in Italien macht.

Da aber die österreichischen Genossen sich von diesen Putzisten nicht so ohne weiteres abschlagen lassen können, haben sie als Gegenwehr den Republikanischen Schutzbund geschaffen.

Da aber die Heimwehr bei ihren obligaten Sonntagsaufmärschen immer schwer bewaffnet ist und es speziell auf die organisierten Arbeiter und ihre Arbeiterheime abgesehen hat, obendrein schon viele Arbeiterleben am Gewissen hat, verschaffte sich der Republikanische Schutzbund ebenfalls Waffen. Diese Vorrichtung ist um so mehr geboten, da der am 13. September v. J. in Szene gesetzte Putz deutlich zeigte, wohin diese Putzisten hinielen. Dieser Putz, der sich aber auch gegen die Republik richtete, war also ein Hochverrat schlimmster Sorte.

Aus diesem Grunde mußte die Staatsgewalt, obwohl sehr ungern, gegen diese Putzisten und Hochverräter einschreiten. Dieses Einschreiten geschah aber in einer so lauen und zahnlosen Weise, daß die Heimwehr ihre ganzen Gewehre, Handgranaten, Maschinengewehre usw. ungehindert gut verstecken konnten. Die eventuellen Hausdurchsuchungen wurden ebenfalls nur recht oberflächlich durchgeführt, so daß bei den Heimwehren niemals Waffen gefunden werden konnten, weil man keine finden wollte. Die gegenwärtige Regierung Deutschösterreichs findet es also vollständig in Ordnung, daß die Heimwehr bis an die Zähne bewaffnet ist, aber wehe, wenn sich der Republikanische Schutzbund einfallen ließe, sich ebenfalls mit Waffen zu versehen, da schreit diese sonst sehr schlappige Regierung gegen die Sozialdemokraten mit der allergrößten Strenge und Schneidigkeit ein, wie die Waffensuche im Ottakringer Arbeiterheim dies bewies. Ja, ja! Wenn zwei dasselbe tun, so ist es eben nicht dasselbe!

Um der Ostschlesischen Post noch an einem Beispiel zu zeigen, daß die Christlichsozialen mit den Kapitalisten durch Dick und Dünn gehen, wenn es gegen die Arbeiter geht, und das auch die österreichische Regierung und ihre Organe gegen die Arbeiter mit der äußersten Gesetzhärte vorgehen, werden die Kapitalisten bei Gesetzesverletzungen mit der äußersten Milde behandelt. In den Staatsgrundgesetzen heißt es doch so schön: „Vor dem Gesetz ist jeder Staatsbürger gleich!“ Aber in der Praxis wird es anders gehandhabt. Dies beweist folgender Artikel einer Wiener Zeitung über die Waffensuche bei der Heimwehr.

„Im Schloß des Wirtschaftsführers.“

Es ist wieder nach Waffen gesucht worden. Aber diesmal ohne Erfolg, ganz ohne Erfolg. Die Waffen, nach denen diesmal gesucht wurde, waren nämlich nicht in einem Arbeiterheim eingelagert — sie waren und sind noch immer in einem Schloß versteckt! Es waren also Heimwehrwaffen, die sich von Schutzbundwaffen bekanntlich durch die Eigenschaft unterscheiden, daß sie für Polizei und Gendarmerie stets unauffindbar sind — selbst wenn sie offen zutage liegen. Unauffindbare Waffen aber kann die Gendarmerie eben nicht finden, besonders wenn die Suche durch „Borerhebungen“ entsprechend „vorbereitet“ worden ist! Die mit der Waffensuche betrauten Gendarmerieorgane können also

wahrheitsgemäß berichten, daß in den Salons des Schlosses keine Maschinengewehre herumstehen, daß im Nachschloß des Schlossherrn keine Handgranaten zu finden waren, und daß die Mannlichergewehre nicht schön vorchriftsmäßig in Pyramiden im Garten gestanden sind. Und die Kellergewölbe durchstöbern, Mauern durchbrechen, den Schlossgarten umgraben — daran ist in einem hochherrschastlichen Haus natürlich nicht zu denken, wir sind ja nicht in einem lumpigen Arbeiterheim! Hier im Schloß ist bei Amtshandlungen, höheren Weisungen gemäß, durchaus nicht mit vorzüglichlicher Neugierde, sondern mit zurückhaltendem Takte vorzugehen.

Darum hat man es selbstverständlich auch nicht geduldet, daß der Anzeiger an der Waffensuche mitwirkte. Er ist zwar Gemeinderat und sogar Polizeireferent der Gemeinde in deren Gebiet das Schloß liegt; aber erstens einmal ein Roter und zweitens überhaupt ein lästiger Mensch, der mit keiner dalkerten Anzeige der hohen Obrigkeit und dem hochgeborenen Schlossherrn Scherereien macht. Das fehlte noch, daß der seine Nase in die Sache steckt und bei der Waffensuche im Schloß dabei ist. Dann findet er am Ende gar die Waffen doch — das wäre ja direkt „Einnischung in eine Amtshandlung“! Noch dazu in eine sehr diskrete Amtshandlung, die durchaus keine Einnischung von außen verträgt. Nein, nein, es bleibt dabei: Heimwehrwaffen sind ein für allemal unauffindbar, basta! Also wurden natürlich auch in dem Schloß keine gefunden...

bleibt nur noch festzustellen, wer denn der Herr dieses Schlosses mit den unauffindbaren Heimwehrwaffen ist. Es ist der Präsident des Industriellenverbandes, Ludwig Urban, nebstbei Präsident und Generaldirektor der großen Fabrik-A.-G. Brevillier u. Urban und Verwaltungsrat der Kreditanstalt. Also der Mann, der als Industriellenverbandspräsident der Führer der Wirtschaftsführer ist, der Oberharmacher unter den Scharmachern, der Mann, der im Haus der Industrie auf dem Schwarzenbergplatz die brutalste, antisozialste, rücksichtsloseste Großkapitalistenpolitik macht! Nun weiß man ja schon längst, daß der Schwarzenbergplatz die Heimwehrbanden bezahlt, ausrüstet und daher auch im geheimen kommandiert. Aber daß der Herr des Schwarzenbergplatzes in seinem privaten Schloß Heimwehrwaffen verhehlt, daß er die Hahnenhchwänger in seinem Schlossgarten ungentert exerzieren läßt und sich so nicht mehr nur als geheimer Geldgeber, sondern als aktiver Förderer der Bürgerkriegsrüstungen erweist — diese Offenheit hätte man doch nicht erwartet. Sie grenzt an Schamlosigkeit — denn wenn sich schon der Präsident Urban nicht schämt, so müßten sich von Rechts wegen doch die Herren Heimatschützer dieser nunmehr ganz unerhüllten Verbindung mit Leuten schämen, die zwar keine Heimat, wohl aber ihre riesigen Kapitalien zu schützen haben! Jetzt muß doch auch der Blindsehe sehen, was hinter dieser „Volks“-bewegung steckt, an deren Spitze neben den Großgrundbesitzern und Aristokraten vom Schlage des Fürsten Starhemberg nunmehr auch die Großkapitalisten und Wirtschaftsführer vom Schlage des Präsidenten Ludwig Urban treten.

Die Wirtschaftsführer, die der Präsident Urban führt, haben in den letzten Jahren unter Oesterreich in Grund und Boden gewirtschaftet. Jetzt rüsten sie offen dazu, auf dem wirtschaftlichen Trümmerfeld den Bürgerkrieg zu entfesseln, um mit verflachten Arbeitern und Angehörigen in Frontarbeit wieder aufzubauen, was ihre Unfähigkeit zerstört hat. Wir nehmen zur Kenntnis, daß der Herr Präsident sein Besitztum den Vorbereitungen und Rüstungen zum Bürgerkrieg zur Verfügung stellt. Der Herr Präsident aber möge zur Kenntnis nehmen, daß in einem Bürgerkrieg er und die seinen immer noch mehr zu verlieren haben als die Arbeiter, die sich nie und nimmer von den Ausbeutern verflachten lassen werden. Und daran wird auch nichts ändern, das möge die Regierung und die ihr unterstellte Staatsgewalt zur Kenntnis nehmen, daß Waffen nur im Arbeiterheim, aber nicht im Schloß gefunden werden!

Die Ostschlesische Post hat daher sehr recht, wenn sie sagt, daß wenn zwei dasselbe tun, es nicht dasselbe ist.

Arbeiter, merkt ihr endlich die Zweipaltigkeit der Klerikalen?!

einer sozialen Institution wie es die Pensionsanstalt sein will ihrem Versicherten die Lebensmöglichkeit in der schweren Zeit des allgemeinen Abbaues zu erleichtern. — Nach längerer Aussprache zwecks Stellungnahme zu den hohen Mieten schlossen sich Vorschläge zwecks Ergreifung entsprechender Maßnahmen an. — Hierzu sah sich der feinerzeitige Delegierte der Pensionsanstalt und des Baukomitees Szalasny genötigt unter allgemeiner Heiterkeit der Versammelten darauf hinzuweisen, daß die Pensionsanstalt eigentlich sehr schlecht bei den Mieten abschneidet, da zum Beispiel bei einem Häusertragnis von 39.000 Zloty für Administrationskosten usw. 30 Prozent allein abfällt und sich ein Haus der Pensionsanstalt nach Berechnungen des Baukomitees — erst in 520 Jahren amortisiert. — Da die Versammelten für eine solche Spekulationsrechnung kein Verständnis aufbringen konnten, wurde der Beschluß gefaßt, ein Komitee aus 12 Herren der Bialaer und Bielißer Häuser zu ernennen, welche innerhalb der nächsten 8 Tage ein entsprechendes Memorandum ausarbeiten und direkt beim Ministerium in Warschau an kompetenter Stelle vorlegen. — Gleichzeitig wird eine Verständigung mit den Mietern der Pensionsanstalt in Rattowitz, Königshütte, Krakau und Lemberg angestrebt um dieselben soweit es noch nicht geschehen ist, zu gleichen Maßnahmen aufzufordern. Sollten die Ergebnisse keine befriedigenden sein und die Pensionsanstalt den gerechtfertigten Wünschen nicht entsprechen wollen, so werden weitere geeignete Schritte unternommen werden müssen.

Freiwillige Rettungsgesellschaft in Bielsk. Am Samstag, den 30. Januar, findet in den Schiekhäusern die Samariter-Maskenredoute statt. Beginn 8 Uhr abends. Der Kartenverkauf beginnt am Montag, den 25. Jänner und sind Vorverkaufskarten nur auf der Rettungstation erhältlich.

Wo die Pflicht ruft!

Wochenprogramm des Vereins jugendlicher Arbeiter Bielsk. Montag, den 25. Jan., 6 Uhr abends: Parteischule. Dienstag, den 26. Jan., 7 Uhr abends: Gefangstunde.

Mittwoch, den 27. Jan., 6 Uhr abends: Mädchenhandarbeit. Donnerstag, den 28. Jan., 7 Uhr abends: Diskussionsabend. Freitag, den 29. Jan., 8 Uhr abends: Theatergemeinschaft.

Aktion Genossinnen! Am Dienstag, den 26. d. Mts. findet um 7 Uhr abends im kleinen Saale des Arbeiterheims die bereits angekündigte Frauenversammlung statt. Die Genossinnen werden hierzu freundlichst eingeladen.

Berein Sterbefälle der in den Klasingewerkschaftsbänden in Polen organisiert. Arbeiter, mit dem Sitz Bielsko. Wir geben unseren Mitgliedern bekannt, daß die Generalversammlung des obengenannten Vereins am Dienstag, den 2. Februar, um 3 Uhr nachm. im großen Saale des Arbeiterheims in Bielsko mit folgender Tagesordnung stattfindet: 1. Protokoll über die vorjährige Generalversammlung; 2. Bericht a) des Obmannes, b) des Kassierers, c) der Kontrolle, d) des Schiedsgerichtes. 3. Neuwahlen; 4. Festsetzung des Regulatives; 5. Allfälliges. Sollte die Generalversammlung zur festgesetzten Stunde nicht beschlußfähig sein, so findet dieselbe eine Stunde später am selben Ort mit derselben Tagesordnung, ohne Rücksicht auf die Mitgliederzahl statt (§ 22). Anträge von Mitgliedern können laut § 23 des Statuts nur dann Beratungsgegenstand in der Generalversammlung werden, wenn dieselben mindestens 8 Tage vorher schriftlich dem Vorstände bekanntgegeben und von mindestens 20 Mitgliedern unterschrieben wurden. Am pünktlichen und zahlreichen Erscheinen erlucht der Vorstand.

A. G. B. „Einigkeit“ Alexanderfeld. Genannter Verein veranstaltet am Samstag, den 30. Januar 1. J. im Gasthaus „Zum Patrioten“ in Alexanderfeld, einen großen Maskenball, zu welchem alle Freunde und Sympathisier dieses Vereines freundlichst eingeladen werden.

Kamig. Die vereinigten Arbeiterorganisationen von Kamig veranstalten am Samstag, den 30. Jänner 1932 in den Lokalitäten des Gemeindegasthauses einen Masken-Ball, zu welchem alle Freunde und Genossen freundlichst eingeladen werden. Eintritt 1,50 Zloty, für Masken 1 Zloty. Beginn 7 Uhr abends.

Wie unsere Vorfäter geoffen haben

In der Auslegung des 101. Psalms hat Luther den Anspruch getan: „Es muß aber ein jegliches Land seinen eigenen Teufel haben, Welschland seinen, Frankreich seinen. Unser teutscher Teufel wird ein guter Weinschlauch sein und muß Sauff heißen, da er so durstig ist, daß er mit so großem lauffen weins und biers nicht kann gekület werden. Und wird solcher ewiger Durst teutschen Landes Plage bleiben (hab ich Sorg) bis an den jüngsten Tag.“

Mit diesen Worten sprach der Reformator nur aus, was alle wußten und besonders auch das Ausland in noch ferniger Weise sagte. Ein italienischer Humanist, Gian Francesco Poggio (1380 bis 1459), der als päpstlicher Sekretär mehrfach in Deutschland war, um dort alte Handschriften aufzutreiben, berichtet in einem Briefe an den Kardinal Cesarini: „Ehemals waren die Deutschen eine kriegerische Nation; jetzt suchen sie, statt in Waffen, ihre Mannhaftigkeit nur noch in Weingeheften; der größte Held ist, wer am meisten vertragen kann.“ An einer anderen Stelle nennt er die Deutschen „niemals nüchterne Geschöpfe“. Wenn sie von Wein und Schmausen überwältigt daliegen, könne man nicht unterscheiden, ob sie tot oder lebendig seien. Ein Engländer Morison, der sich am Ausgang des sechzehnten Jahrhunderts in Deutschland aufhielt, um Land und Leute kennenzulernen, schreibt von ihnen: „Die Lebensweise der Deutschen ist einfach und bescheiden, wofür man von ihrer Unmäßigkeit im Trinken absteht. Da sie sowohl im Anzug wie in dem Zuschnitt des häuslichen Lebens eher zur Einschränkung als zu Prunk und Aufwand neigen, sind sie mit einem Stück Fleisch und Brot zufrieden, wenn sie nur hinlänglich zu trinken haben und keine Not an Holz leiden, ihre Stube zu heizen.“ — „Wenn die Stadttore geschlossen werden, und die Leute, die in den Vorstädten wohnen, hinausgehen, taumeln sie von einer Seite zur andern, stolpern, fallen in den Kot und spreizen die Beine, als sollte zwischen diesen ein Wagen durchfahren. Kommen sie dann wieder auf die Füße, so rennen sie an jeden Pfosten, Pfeiler und des Weges Kommenden an. Selbst die Stadttore scheinen für sie nicht weit genug, ausgenommen, die Mauern würden niedergebissen.“

Im übrigen waren die deutschen Trinksitten derart, daß kein Ausländer, der das Land bereiste, davon hätte unberührt bleiben können. Er mußte nicht nur das wüste Treiben der Betrunkenen sehen, er mußte selbst mittrinken, wenn er die andern nicht beleidigen wollte. In der Sitte des Zutrinkens lag ein richtiger Trinkzwang, und zwar ein sehr energischer, denn man durfte einem Standesgenossen oder gar einem im Range Höherstehenden, der einem zu trank, das „Nachkommen“ nicht verweigern, ohne sich schweren Repressalien auszusetzen. Das war der ausländische Besucher oft betrunkener, ehe er sich dessen verah. Die allgemeine Sauferei hatte aber auch ihre pekuniäre Seite. Zur Zeit des Erasmus von Rotterdam herrschte bei den deutschen Wirten die Sitte, bei der Berechnung der Zechen etwas komunistisch zu verfahren: das Verzehre und Vertrunkene wurde zusammengezählt und dann durch die Zahl der Gäste dividiert, so daß der größte Völlerei nicht einen Heller mehr zu bezahlen hatte als der Bescheidenste am Tische. Als unter Engländern in Deutschland war, galt diese gemeinsame Zechen nur noch für die, die nach Entfernung des Tischstuhls am Abend bis zum Schlaftrunk blieben. Wer da nur ein Glaschen trank, mußte genau soviel bezahlen, wie die, die bis zum Morgen durchzechten. So machten die deutschen Trinkgewohnheiten das Reisen im Lande kostspieliger.

Während Morison und andre Ausländer noch besonders hervorheben, daß die Frauen sich ganz vom Laster des Trunkes freihielten, scheinen sie diese rühmlichste Erwähnung in dem rebentragenden Rheinland nicht verdient zu haben. In einem „Lied wider das Völlhausen und Trunkenheit“ das 1595 in Frankfurt am Main gedruckt wurde, klagt ein unbekannter Dichter:

Die Weibesleut auch haben an
Einander zuzutrinken,
Voll und halbe wie die Mann,
Mein Herz will mir ensinken,
Wenn ich bedenk die Sünde schwer
Und allen E-nden, so folgt her
Aus Ueberfluß des Trinkens.

In Nürnberg hielt im fünfzehnten Jahrhundert die Obrigkeit einen eigenen Wagen für das Heimbringen der Betrunknen, die man morgens auf den Gassen herumliegen fand: Sebastian Brand von Börd sagt über die Sachlen:

Solche Biertrinker sind es, daß man ihnen etwa mit Kannen nicht genug zutragen mag, sie sehen vielmehr einen Melkeimer voll Bier auf den Tisch, darin ist eine Schüssel. Wer nun Durst hat, der trinkt, ja, sie laufen einander daraus zu. Das Bier ist sehr gut, doch keine Ruh könnte soviel trinken wie eines dieser Säue, schier unglaublich zu sagen. Sie trinken Tag und Nacht, bis sie voll und wieder nüchtern werden; wer im Trinken ihr aller Meister ist, der empfängt nicht allein Lob,

sondern Lohn und einen Kranz dafür. Wer nicht mitläuft, der packe sich.

Wo man zu so voller Erkenntnis des Unheils gelangt war, konnten Versuche der Abwehr nicht fehlen. Und zwar richteten sie sich gegen den Trinkzwang, der durch das Zutrinken ausgeübt wurde. Am schlimmsten war dieser Zwang, wo der Ehrentod am strengsten, also im Adel, wo man auch am ausgiebigsten getrunken zu haben scheint.

Im Jahre 1517 gründeten Herren und Ritter der Fürstentümer Steiermark, Kärnten und Krain eine Mäßigkeitsgesellschaft, die Christophsgesellschaft, gegen Völlerei und das gotteslästerliche Fluchen. Im Aufruf hieß es von der Trunksucht, sie sei „die Verstopferin der Sinne und Verschwenderin des Gedächtnisses“. Weiter waren darin festgelegt: „Das Zutrinken ist nur in dem Falle erlaubt, wenn eine hochgestellte Person dazu nötigt. Man tue jedoch dann Bescheid mit den Worten: „Ich gewart sein nach Vermögen der Gesellschaft“ und trinke wenig“. Bei der Gründung bestand der Verein aus 79 Mitgliedern, nur Adligen; auch Frauen wurden aufgenommen. Ein Chronist sagt von der Gesellschaft: „Wer seines Mutes (auch Magens und Mundes) Herr ist, ist stärker, denn der Städte gewinnt. Und wer den Fluchspeienden Zorn bändigen kann, verhält sich ritterlicher, als der mit eigner Faust denn grimmigen Leuten erlegt.“ Der „Orden vom güldenen Ring“, vom Pfalzgrafen Friedrich 1524 gegründet, wollte auch dem Sausen steuern, aber er machte dem menschlichen Durst immerhin einige Zugeständnisse. Der Ritter des Ordens durfte nicht mehr als sieben Becher Weins bei der Mahlzeit, im ganzen vierzehn Becher am Tage trinken.

Neben den Mäßigkeitsvereinen finden wir aber in der Reformationszeit auch behördliche Maßnahmen gegen den Trunk. Im Kanton Uri wurde der, der sich in der Trunkenheit eines Vergehens schuldig gemacht hatte, nicht eingesperrt, sondern ihm ein Jahr lang der Weingenuß verboten (1537). Die Stadt Augsburg bedrohte 1530 das Zutrinken mit strenger Strafe; die sächsischen Herzöge und Kurfürsten ebenso wie eine württembergische Landesordnung sahen sogar im Rückfall Gefängnisstrafen bei Wasser und Brot vor. Auch das — freilich machtlose — Reich verbot in den Reichstagsabschieden von 1500, 1512, 1518 und 1548 das Zutrinken. So pflegten die Ritter ihre Becher zu erheben und zu rufen: „Es gilt dir, auf des Reiches Abschied.“

Ein Glücksjahr der Sterne?

Astronomische Vorschau

Das astronomische Jahr 1932 hat gute Aspekte. Auch der nicht astrologisch Angefränselte muß hoffen, daß sie sich als gutes Omen bewähren. Finsternisse gibts für uns fast gar nicht, aber um so mehr planetarischen Glanz.

Man kann das Jahr 1932 ein Venusjahr nennen. Und Venus ist „das große Glück“ der Astrologen. In der ersten Hälfte des Jahres fällt der Glanz des schönsten aller Planeten am Westhimmel der Frühabende auf. Im April und Mai geht Venus erst in der Stunde vor Mitternacht unter. Vom Juli an ist sie Morgenstern, besonders glänzend im September und Oktober. Im Oktober steht man in der Nähe der Venus obendrein den zweitbesten aller Sterne, den „königlichen“ Planeten Jupiter. Venus geht am 20. Oktober außerordentlich nahe an ihm vorbei. (Der Sternfreund wird in der dritten und vierten Oktoberwoche das Frühaufsteigen nicht scheuen. Am 26. Oktober steht die Sichel des abnehmenden Mondes bei dem mächtig strahlenden Planetenpaar.)

„Venusjahre“ wie dieses kehren alle acht Jahre ganz gleichartig wieder. So liegt die kurze Zeit der Unsichtbarkeit des Planeten (um die untere Konjunktion herum, d. h. wenn Venus sich zwischen Sonne und Erde befindet) 1932 um den 29. Juni; im Jahre 1924 was es der 1. Juli.

Merkur, der sonnennächste und behendeste aller Wandler, gesellt sich dreimal so auffällig der Venus, daß man ihn ungewöhnlich leicht am Dämmerungshorizont auf finden kann: abends in der zweiten Märzhälfte, morgens aus der Helle der abendlichen Dämmerung, das Wachsen und zweiten Hälfte des Dezembers.

Der Stern des Unfriedens, Mars, fehlt — o glücklichstes der Omnia! — 1932 im Bilde des Abendhimmels ganz. Er spielt am ganzen Nachthimmel bis zur Jahresmitte überhaupt keine Rolle. Erst dann läßt er sich für etwas längere Zeit vor Sonnenaufgang blicken; und im Dezember geht er bereits vor Mitternacht auf.

Jupiter bietet sich anfangs vom Spätabend an der Beobachtung dar. Er strahlt zwischen Löwe und Krebs. Im Februar herrscht er die ganze Nacht, (am 7. in Opposition zur Sonne). Im Juni-Juli löst Jupiter als stellvertretender



Neuer Weltrekord im Rückenschwimmen

Die amerikanische Schwimmerin Eleanor Holm, die bei der letzten Olympiade als 14-jährige an zweiter Stelle endete, verbesserte den Weltrekord über die 150-Yard-Strecke auf 1:58,4.

Die erwähnten Anläufe zur Bekämpfung des Lasters gingen dann im Dreißigjährigen Kriege in der allgemeinen Verwilderung unter. So behielt noch zwei Jahrhunderte lang ein zweites Lutherwort Geltung: „Deutschland ist ein arm gestraft Land mit diesem Saufteufel und gar erlöst in diesem Laster, daß es sein Leib und Leben und darzu Gut und Ehr schändlich verzehret und durchaus eitel Säuleben führt; daß, wenn man es malen sollte, so mühte man es e-ner Sau gleich malen.“
Olga D l b e r g.

der Abendstern über dem Untergangshorizonte die Venus ab. Vom September an macht er ihr Konkurrenz als zweiter Morgenstern. Gegen Ende des Jahres nähert er sich, zwischen Regulus und Spika wandernd, dem Mars.

Saturn, in sehr südlicher Stellung zwischen Schütze und Steinbock, macht sich vom Frühmorgen an als hellerer Stern des Morgenhimmels bemerkbar. Er ist der planetarische Beherrscher des Sternhimmels in den Nächten des Hochsommers und an den Abenden während der ganzen zweiten Jahreshälfte.

Zu wenig bekannt ist der mühselose Genuß, den der Sternfreund aus regelmäßiger Anschauung nach dem Monde gewinnen kann: er sieht das Abfließen der zunehmenden Sichel aus der Helle der abendlichen Dämmerung, das Wachsen und Wandern des Mondes zwischen den Sternen, die hübschen Konstellationen bei seinem Vorüberziehen an hellen Fixsternen und Planeten — und wenn das Glück günstig ist, sogar eine „Sternfinsternis“, d. h. die Bedeckung eines Sterns durch die Scheibe des vorüberziehenden Mondes. Nur einmal gibt es 1932 eine Bedeckung eines helleren Sterns, am 18. Januar abends. Da wandert der zunehmende Mond durch die bekannte Gruppe des Siebengestirns, der Plejaden. Ein Feldstecher genügt, um zu erkennen, wie der hellste Stern des Häufchens, Alkhone, hinter dem linken, dunklen Rande des Mondes plötzlich verschwindet und nach etwa 1 1/4 Stunden hinter dem hellen rechten Mondrande wieder auftaucht. (Beginn, in mitteleuropäischer Zeit für Berlin 18,13 Uhr, Königsberg i. P. 18,24 Uhr, Köln 18,04 Uhr, Breslau 18,14 Uhr, Wien 18,06 Uhr, München 18,03 Uhr).

Von den vier Finsternissen des Jahres 1932 bekommt der Mitteleuropäer nur die partielle Mondfinsternis vom 14. September zu sehen. In der Mitte der Finsternis, um 22 Uhr, bleibt nur ein ganz feiner Saum am oberen Mondrande vom Erdschatten frei (2 Prozent des Monddurchmessers). Die Verfinsternung beginnt am linken Mondrande um 20,18 Uhr und endet am unteren rechten Quadranten des Mondes um 23,43 Uhr (Kernschattenberührungen).

Die mit dieser Mondfinsternis korrespondierende Sonnenfinsternis ist total. Sie findet am 31. August statt. Die Zone der Totalität liegt im Nord-Polargebiet und im nördlichen Teil von Kanada. Nicht weniger als vier Planeten sind während der Finsternis am Taghimmel: Jupiter und Merkur nahe der Sonne, Venus und Mars westlich von ihr.

Daß wir im Jahre 1933 überhaupt keine Finsternis zu erwarten haben, wollen wir wagen, als ein weiteres gutes Vorzeichen der Zukunft anzusehen. Und von den ungewöhnlich zahlreichen (neun!) periodischen Kometen, die in dem Schaltjahr 1932 der Rechnung nach in ihre Sonnen- und Erdnähe wiederkehren sollen, bleibt zu wünschen, daß sie den üblen Leumund Lügen strafen, mit dem verführten Aberglauben sie belastete.
Robert H e n s e l i n g.

Wie findet die Ameise ihr Nest wieder

Die neuesten Untersuchungen, die Prof. J. Jeard mit Ameisen anstellte, scheinen die alte Frage endgültig geklärt zu haben, wieso die Ameisen ihr Nest wiederfinden: sie richten sich nämlich nach den Lichtverhältnissen, die beim Verlassen des Nestes herrschen, sie „merken“ sich, wie Licht und Schatten verteilt waren und folgen dann auf dem Rückweg der entgegengesetzten Verteilung. Eine Ameise aber, die man einige Meter vom Nest entfernt hinsetzt, findet sich nicht wieder heim, ihr fehlt die auf dem Hinweg eingetragene Orientierung. Jeard führte auch noch einen neuen ansehnlichen Versuch aus: Er ließ eine Ameise durch eine Glasröhre zurücklaufen. Drehte er nun unter Beobachtung der Lichtverhältnisse die Röhre um 180 Grad, so machte die Ameise kehrt und lief weiter in der Richtung auf ihr Nest. Kehrete er aber bei diesem Versuch die Lichtungsverhältnisse nach der Drehung um, so lief die Ameise in der anfänglichen Richtung weiter, sie entfernte sich also von ihrem Nest.



Bad Mergentheim soll versteigert werden?

Wid auf den Marktplatz von Bad Mergentheim.

Die finanzielle Lage des vielbesuchten Bad Mergentheim in Württemberg hat sich derart verschlechtert, daß jetzt einem Antrag der Württembergischen Hypotheken-Bank stattgegeben worden ist, wonach das Bad mit sämtlichen Grundstücken einschließlich der Kuranstalt Hohenlohe zur Zwangsversteigerung gebracht werden soll. Die Bad Mergentheim Akt.-Ges. ist zurzeit bemüht, die Hilfe des württembergischen Staates für den bedrängten Kurort zu erlangen.

Vermischte Nachrichten

In Blumenau gekauft...

Baummesser zerteilen die Schlinggewächse. Die Affen klettern. Die Beenen, die eingeborenen Träger mit den schweren Lasten, klettern. Die Karawane schlängelt sich durch den südbrasilianischen Urwald.

Der Forscher, ein früherer deutscher Offizier, hält auf stramme Disziplin. „Was ist denn das da wieder für eine Schweinerei?“ tobt er. „Wer hat da eben „Lump“ gerufen?“ Keine Antwort. Alle Beenen grinsen über die breiten Gesichter, doch sie schweigen, obwohl sie fast alle gebrochen deutsch verstehen, denn in Südbrasilien, wo Hunderttausende von Deutschen leben, gehört das Deutsche zur Verkehrssprache.

Die Schweinerei fängt von neuem an. Eine Stimme schreit: „Lump!“ Dann: „Haut ihn! Gib ihm Saures!“ Alles auf deutsch. Eine ganze Schimpfplanonade.

Nach langem Suchen findet man endlich den frechen Schnabel. Alle Beenen winden sich vor Lachen. Der Lezer ist — (warum man nur nicht gleich darauf gekommen ist?) ein Papagei, den einer der deutschsprechenden Träger vor kurzem gekauft und auf die Reise mitgenommen hat.

„Unerbört“, knurrt der Forscher empört, „das Vieh scheint ja aus einer feinen Familie zu stammen...“

„Ich hab' es in Blumenau (einer deutschbrasilianischen Stadt) gekauft“, entschuldigt sich der Besitzer des schimpfenden Papageien, „wo wirklich auch keine Leute leben. Es gibt nämlich neuerdings dort hundert — Nationalsozialisten...!“

Man weiß nicht, was der schneidige deutsche Forscher darauf erwidert hat, denn es handelt sich nur um eine Anekdote. Aber so viel steht fest: der Ausdruck: „Ich hab' es in Blumenau gekauft...“ ist seit kurzem in Brasilien ein geflügeltes Wort geworden...

Gummistrafen.

In Amerika und England hat man hauptsächlich Versuche gemacht, Gummi als Straßenpflaster zu verwenden. Der größte Vorteil dieses Pflasters liegt darin, daß alle Erschütterungen stark abgedämpft werden, und zwar ist erwiesen, daß die Erschütterungen bei Gummistrafen nur 10 Prozent derjenigen von gut ausgeführten Holzstraßen betragen. Da es nun in allen Großstädten heute viele Häuser gibt, die durch die Verkehrsererschütterungen schwer geschädigt sind, so ist der Wert einer solchen Pflasterung klar erwiesen. Eine Gummistrafen in London, die mit 280 Tonnen pro Stunde und Meter Straßenbreite beansprucht wurde, hat sich trotz dieser großen Belastung vorzüglich gehalten. Nach den elf Versuchsfahren, die von einer englischen Gesellschaft in London, Rotterdam, Singapur und anderwärts auf einer Gesamtfläche von 4200 Quadratmeter angelegt wurden, kann das Problem der Gummistrafen sehr wohl als gelöst gelten. Diese Pflasterung ist aber sehr teuer und wird sich daher für absehbare Zeit wohl nur da durchsetzen, wo Häuser durch den Großstadverkehr sehr gefährdet sind oder Krankenhäuser, wissenschaftliche Institute usw. die Erschütterung als besonders störend erscheinen lassen.



Die deutsche Stoßarmee

Wenige Tage vor dem Beginn der Abrüstungskonferenz hat der französische General Bourgois in der Pariser Kammer das altbekannte Schreckgespenst von deutschen Geheimrüstungen an die Wand gemalt. Er hat das armselige deutsche Reichsheer als eine Stoßarmee bezeichnet, die in kurzer Zeit den Angriff gegen Frankreich aufnehmen könne. Wie in Wirklichkeit die Bedrohung Frankreichs aussieht, zeigt obiges Bild. Man muß dabei bedenken, daß es der deutschen Armee verboten ist, Tanks, Flugzeuge und schwere Geschütze zu verwenden.

Schallplattenkonzert. 12,35: Wetter. 12,55: Zeitzeichen. 13,10: Zweites Schallplattenkonzert. 13,35: Zeit, Wetter, Börse, Presse. 13,50: Fortsetzung des zweiten Schallplattenkonzerts. 14,45: Werbendienst mit Schallplatten. 15,10:

Dienstag, 26. Januar. 9,10: Schulfunk. 12: Für den Landwirt. 15,25: Schulfunk für Berufsschulen. 15,25: Das Buch des Tages. 16,05: Kinderfunk. 16,30: Heitere Musik. 17,20: Landw. Preisbericht; ansl.: Technik. 17,40: Stunde der werktätigen Frau. 18,05: Der Mongolenfall in Schlefien 1241. 18,30: Abendmusik. 19,35: Beileidigung von Rundfunkstörungen. 19,45: Für die Schlefische Winterhilfe. 20: Aus Hamburg: Hand-Einfonie. 20,35: Abendberichte. 20,45: Konzert. 22,15: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22,35: Interessantes aus dem Reichsbahnbetriebe. 22,50: Funkbriefkasten. 23,05: Unterhaltungs- und Tanzmusik. 0,30: Funkhilfe.

Veranstaltungskalender

D. S. N. P.

Königshütte. Am Freitag, den 29. Januar, abends 7,30 Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses eine Mitgliederversammlung statt. Referent: Genosse Gornn. Am vollständiges und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Nähtung, Metallarbeiter!

Laurahütte. Am Dienstag, den 26. Januar 1932, nachmittags 6 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung des Deutschen

Metallarbeiterverbandes in Laurahütte bei Kattowen statt. Wir eruchen alle unsere Kollegen, zu dieser Versammlung zu stimmen und recht zahlreich zu erscheinen.

Hohenlunde. Am Mittwoch, den 27. Januar 1932, nachmittags 5 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes bei Kullinski statt. Als Referent erscheint Kollege Kuzella. Wir bitten alle unsere Kollegen, zu dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.

Wochenplan der D. S. J. P. Katowice.

Montag: Brettspiele.
Dienstag: Vortrag B. J. A.
Mittwoch: Singen.
Donnerstag: Heimabend für Jugendmitglieder und Diszuffien der S. B. G.
Freitag: Singen.
Sonntag: Heimabend.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Montag, den 25. Januar: Spielabend.
Dienstag, den 26. Januar: Mitgliederversammlung.
Mittwoch, den 27. Januar: Vortrag B. J. A.
Donnerstag, den 28. Januar: Gesang.
Freitag, den 29. Januar: Nach Bedarf.
Sonnabend, den 30. Januar: Ernter Abend.
Sonntag, den 31. Januar: Heimabend.

Freie Sänger.

Kattowitz. Mittwoch, den 27. Januar 1932, 7 Uhr abends, findet eine Vorstandssitzung im Zentralhotel statt. Die Versammlungsmitglieder werden gebeten pünktlich zu erscheinen.

Myslowitz. Die diesjährige Generalversammlung findet am 2. Februar, abends 6 Uhr, statt. Referent: Nebus. Zu der Generalversammlung sind die Mitgliedsbücher mitzubringen.

Touristenverein „Die Naturfreunde“.

Königshütte. Am Dienstag, den 26. Januar, findet im Volkshaus die Vorstandssitzung des Touristen-Vereins „Die Naturfreunde“ statt.

Freie Sportvereine.

Königshütte, Chorzow und Umgegend. (Arbeitslosenversammlung der Freien Gewerkschaften.) Am Mittwoch, den 27. Januar 1932, vormittags 9 1/2 Uhr, findet eine Arbeitslosenversammlung der Freien Gewerkschaften im „Volkshaus“ (Dom Ludowy), Krolewska Gata, ul. 3-go Maja 6 (Büfettzimmer), statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung, eruchen wir alle Arbeitslosen der Freien Gewerkschaften, vollzählig zu erscheinen.

Königshütte. (Auf zum Maskenball nach Königshütte.) Der freie Schachbund Königshütte veranstaltet am Sonnabend, den 30. Januar, einen Maskenball. Derselbe findet in den Räumen des Volkshauses statt. Die Veranstalter bitten um regen Besuch. Die Preise sind minimal berechnet.

Die Veranstalter.

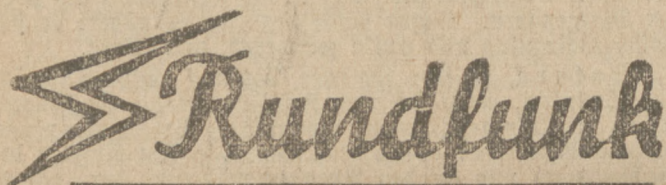
Schlesiengrube. (Nähtubenaussschuß.) Am Mittwoch, den 27. Januar, abends 6 Uhr, findet im Lokal Scheitga eine wichtige Sitzung des Nähtubentomitees statt, zu welcher auch der neue Vorstand der D. S. N. P. eingeladen ist. Vollzähliges Erscheinen notwendig!

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Dienstag, den 26. Januar 1932, abends 7 1/2 Uhr, Vortragsabend im Saale des Zentralhotels. Der Bund für Arbeiterbildung beabsichtigt einen Esperantokursus zu veranstalten. Interessenten können sich am kommenden Vortragsabend anmelden.

Königshütte. Am Mittwoch, den 27. Januar, abends um 7 Uhr, spricht der Gen. Sejmabgeordneter Kowoll im Volkshaus, ulica 3-go Maja 6. Thema: „Hat der Sozialismus verzagt“. Am zahlreichen und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt und Inerore verantwortlich: Theodor Kaima, Mala Dabrowka, Verlag und Druck „VITA“, naklad drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kosciuszki 29.



Kattowitz — Welle 408,7

Dienstag. 12,10: Mittagskonzert. 17,35: Volkstümliches Symphoniekonzert. 20,15: Unterhaltungskonzert. 22,10: Pieder. 23: Leichte Musik und Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Dienstag. 12,10: Mittagskonzert. 13,40: Vorträge. 15,50: Kinderstunde. 16,20: Vorträge. 17,35: Volkstümliches Symphoniekonzert. 18,50: Vorträge. 20,15: Unterhaltungskonzert. 21,55: Vorträge. 22,10: Leber. 22,50: Tanzmusik.

Bleiwitz Welle 252.

Breslau Welle 325.

Gleichbleibendes Wochenprogramm.

Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse. 6,30: Funkgymnastik. 6,45—8,30: Schallplattenkonzert. 11,15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse. 11,35: Erstes

In neuer billiger Geschenkausgabe ist erschienen:

HERMANN LÖNS

Der Wehrwolf

Eine Bauernchronik

LEINEN ZŁOTY 8.25

Kattowitzer Buchdruckerei- und Verlags-Sp. Akcyjna, 3. Maja 12

ETIKETTEN

für Biere, Weine, Spirituosen und Fruchtsäfte, in verschiedenen Stanzmustern und Papiersorten Ausführung in Ein- und Mehrfarbendruck. Man verlange Druckmuster u. Vertreterbesuch

VITA NAKŁAD DUKARSKI
KATOWICE, KOŚCIUSZKI 29 - TELEFON 2097

Geschäftsbücher
aller Art
Baus- u. Zeichenpapier
Zeichen-Bedarf
hat vorrätig
Kattowitzer Buchdruckerei
und Verlags-Sp. Akt.

KATTOWITZER BUCHDRUCKEREI U. VERLAGS-SPÓŁKA AKCYJNA
ULICA 3-GO MAJA NR. 12

Die große **Mode**

GEMALTE

KLEIDER, BLUSEN BÄNDER, DECKEN KISSEN usw.

FARBEN IN STIFTEN FLASCHEN U. TUBEN
nebst Anleitung bei der

KATTOWITZER BUCHDRUCKEREI U. VERLAGS-SPÓŁKA AKCYJNA

Zeitungshalter

FÜR CAFES, HOTELS UND RESTAURATIONEN

in verschiedenen Größen am Lager

KATTOWITZER BUCHDRUCKEREI UND VERLAGS-SPÓŁKA AKCYJNA

Engel's Meinsüßener

mit 20 Gratis-Schritten auf großem Bogen.
Ist best für die Küche u. Hauswirtschaft

Überall zu haben, sonst durch Nachnahme vom
Verlag Otto Engel, Leipzig - F.

DEKORATIONS
PAPIERE UND
KARTONS
LEUCHTENDE
FARBEN

**PLAKAT
FARBEN**